

**Antworten auf:**

## **Fragen zur Zukunft der öffentlichen Universitäten an die wahlwerbenden Parteien, Bewegungen und Listen im österreichischen Nationalratswahlkampf 2024**



Gestellt von NUWiss | Netzwerk Unterbau Wissenschaft

Österreichs öffentliche Universitäten, an denen zurzeit mehr als 64.000 Personen beschäftigt sind,<sup>1</sup> erfahren eine steigende mediale Aufmerksamkeit, die zunehmend von Kontroversen und Ambivalenzen geprägt ist. So ist Österreich einerseits stolz auf die Leistungen hiesiger Wissenschaftler:innen, wozu die Verleihung der Physik-Nobelpreise an Anton Zeilinger (2022) und Ferenc Krausz (2023) entsprechend Grund und Anlass bot.

Gleichzeitig sind in den letzten Jahren mehrfach junge Wissenschaftler:innen auf die Straße gegangen, um auf zunehmend unerträgliche Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Die jüngsten Diskussionen entzündeten sich an der Frage, inwieweit die von OECD, EU-Kommission und EU-Rat dringlich eingeforderten Maßnahmen gegen die sinkende Konkurrenzfähigkeit des europäischen Forschungsraums (Braindrain, sinkende Innovativität usw.) von der österreichischen Politik ernstzunehmen und umzusetzen sind.<sup>2</sup> Dabei sind es gerade die von den EU- und OECD-Empfehlungen adressierten Kernprobleme (Personalpolitik, Leistungsmessung, Governance & Management), bezüglich derer, weil umstritten, wirksame Maßnahmen ausständig sind.

Um diese Spannungsfelder zu bewältigen und sicherzustellen, dass die österreichische Hochschul- und Forschungslandschaft weiterhin in der Lage ist, die von ihr erwarteten Leistungen für die österreichische Gesellschaft zu erbringen, sollte den öffentlichen Universitäten in der kommenden Regierungsperiode verstärktes Augenmerk gewidmet werden. Denn Politik und Gesellschaft stehen mit der aktuellen Kumulation historischer Umbrüche vor den größten Herausforderungen der letzten 150 Jahre. Klimawandel, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, politische und soziale Polarisierung, Migration und demografischer Wandel, antidemokratische und postfaktische Tendenzen, geopolitische und ökonomische Machtverschiebungen mit wachsender Kriegsgefahr – die Herausforderungen sind groß und zahlreich, deren Ursachen und Wirkungen miteinander verflochten. Ebendies verlangt mehr denn je komplexe Kompetenzen, Strukturen und Antworten. Österreichs öffentliche Universitäten sind an der Schnittstelle des Forschungs-, Bildungs- und Innovationssystems angesiedelt und dem Wohl der österreichischen Gesamtgesellschaft, ihrer Politik und Öffentlichkeit verpflichtet. Sie erbringen essenzielle, systemische Schlüsselleistungen, die angesichts der Komplexität der aktuellen Herausforderungen unseres Erachtens unverzichtbar und nicht ersetzbar sind.

Das Netzwerk Unterbau Wissenschaft – kurz NUWiss ([www.nuwiss.at](http://www.nuwiss.at)) – wird den Mitarbeiter:innen der öffentlichen Universitäten im September eine „Wahlkabine“ zur Verfügung stellen, die es ermöglicht, sich über die hochschulpolitischen Standpunkte der zur Wahl stehenden Parteien, Listen und Gruppierungen zu informieren. Wir interessieren uns hier für Ihre Stellung zu Grundsatzfragen wie auch für Ihre Einschätzung konkreter Problemlagen. Angesichts des Umstands, dass in den letzten vier Jahren ein einschneidender forschungs- und

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die letzten verfügbaren Daten in [Statistisches Taschenbuch – Hochschulen und Forschung 2023 \(unidata.gv.at\)](https://www.unidata.gv.at).

<sup>2</sup> Vgl. OECD (2024): The state of academic careers in OECD countries: An evidence review, *OECD Education Policy Perspectives*, No. 91, OECD Publishing, Paris ([Link](#)); OECD (2021): Reducing the precarity of academic research careers, *OECD Science, Technology and Industry Policy Papers*, No. 113 ([Link](#)); EU-Kommission: Vorschlag für eine EMPFEHLUNG DES RATES über einen europäischen Rahmen zur Gewinnung und Bindung von Talenten in den Bereichen Forschung, Innovation und Unternehmertum in Europa, Juli 2023 ([Link](#)); EU-Rat: COUNCIL RECOMMENDATION on a European framework to attract and retain research, innovation and entrepreneurial talents, Brüssel: Dezember 2023 ([Link](#)). – Siehe auch die prämierten Essays, die auf die ÖAW-Preisfrage 2024 antworten: „Ist Österreich ein guter Forschungsstandort?“ ([Link](#)).

universitätspolitischer Kurswechsel stattgefunden hat, interessieren wir uns schließlich ganz besonders für Ihre Vorhaben in der bevorstehenden Legislaturperiode.

Wenn Ihnen eine bestmögliche Forschungs-, Hochschul- und Bildungspolitik ein Anliegen ist und die Positionen Ihrer wahlwerbenden Bewegung in unserer „Wahlkabine“ aufscheinen sollen, übermitteln Sie uns bitte Ihre Antworten zu den untenstehenden Fragen **bis 5. September 2024**. Parallel berichten wir über die Fortschritte und Ergebnisse unserer Bemühungen um politische Statements über Social Media, unseren Newsletter und in einem „**Wahlkampf-Live-Ticker**“ auf unserer Website.

## **1. Funktionen und Aufgaben der öffentlichen Universitäten**

---

- a) Österreichs öffentliche Universitäten unterscheiden sich von anderen Hochschultypen dadurch, dass ihre Leistungen dem Wohl der Gesamtgesellschaft – der Allgemeinheit – zu dienen haben. Wie würden Sie diesen „**öffentlichen Auftrag**“ der öffentlichen Universitäten beschreiben? Welche Funktionen, Aufgaben und Leistungen erachten Sie als zentral?

*Öffentliche Universitäten – umso mehr das österr. Modell der „Volluniversität“ – haben ein vielschichtiges Anforderungsprofil, dem sie gegenwärtig – einerseits durch politische Entscheidungen, andererseits aufgrund breiterer gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen – nur ungenügend nachkommen (können) und zum Teil offenbar auch wollen. Dies hat unter anderem mit geänderten Kontexten, z.B. dem steigenden Ökonomisierungs- und Kosten-Rechtfertigungsdruck, aber auch den Veränderungen im internationalen akademischen Wissenschaftsbetrieb selbst zu tun. Darüber hinaus gibt es aber noch einen immer relevanteren, nicht-akademischen Wissenschaftsbetrieb. Diese Schnittstelle zu den öffentlichen Universitäten ist aber – inkl. der Einbindung von in der nicht-akademischen Praxis stehenden, enorm erfahrenen Personen in die akademische Lehre – unterentwickelt und muss klar gestärkt werden.*

*Die Rolle der öffentlichen Universität als zentrale Ausbildungs- und gesellschaftspolitische Avantgarde ist darüber hinaus nicht mehr so gegeben wie noch vor 15, 20 oder mehr Jahren. Zentrale gesellschaftliche und forschungspolitische Entwicklungen – darunter auch maßgebliche transformative, interdisziplinäre und mehrsektorale Forschung und entsprechende Ausbildungen, welche mitunter auch andere Arten von Wissen (z.B. synthetisches und kommunikatives Wissen) erfordern würden – wurden an den öffentlichen Universitäten bzw. von der leitenden Politik zu oft verschlafen. Symptomatisch dafür stehen die kaum ausgebaute Teilhabe der öffentlichen Universitäten in europäischen Förderprogrammen der angewandten Forschung (z.B. Horizon Europe Pillar II) und das weitgehende Fehlen echter Service- und Transferleistungen zum Privatsektor, aber auch zur öffentlichen Verwaltung und zur Zivilgesellschaft. Ebenfalls symptomatisch hierfür ist das Fehlen breiter, national geförderter Grundlagenforschung im Lande, wie es z.B. durch nationale Agenturen in Frankreich, Spanien und (in anderer Form) durch Spitzenuniversitäten und entsprechende Budgets auch in kleineren Ländern (Schweiz, Niederlande, etc.) gefördert wird. So bleiben eben nur einzelne Spitzenleistungen und eine vergleichsweise hohe Zahl von ERC-Einwerbungen. Vergleichbare österreichische Fördersysteme fehlen allerdings, da lieber via FFG Unternehmenssubvention betrieben wird, die rasch geprüft und reduziert gehörte.*

*Prinzipiell ist uns wichtig: Die öffentliche Mission der Universitäten darf nicht untergraben werden. Und wir sind gegen jegliche Kommerzialisierung von Bildung und Forschung, die den freien und gleichen Zugang für alle gefährdet.*

*Angesichts dieses Kontexts wäre die veränderte Rolle der öffentlichen Universitäten – auch in systematischer wechselseitiger Abstimmung nach Größe, Standort und Bundesländern – politisch neu zu evaluieren und zu definieren. Wir als Wandel bzw. KEINE VON DENEN stehen grundlegend für eine massive Aufwertung von höherer Lehre und Forschung, sowohl innerhalb der öffentlichen Universitäten als auch im Zusammenspiel mit der außeruniversitären Forschung. Lehre und Bildung sollten an den öffentlichen Unis breit und inter- bzw. idealerweise transdisziplinär erfolgen und sich quer über wirtschaftliche und gesellschaftliche Sektoren erstrecken. Auch die Teilhabe an Forschung und Lehre gehört massiv ausgebaut, worunter auch die konditionslose finanzielle Teilhabe des Privatsektors fällt, bekommt dieser doch bestens ausgebildete BewerberInnen „zum Nulltarif“ zur Verfügung gestellt.*

*Zu den zentralen Leistungen öffentlicher Universitäten müssen jedenfalls der Ausbau und die qualitative Verbesserung der internationalisierten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen, kritischen Bildung und beruflichen Ausbildung darstellen, mit einem Horizont, der klar über den deutschen und englischsprachigen sowie nördlich- westlichen Sprachraum hinausreicht. Dazu gehören etwa Internationalisierungsprogramme und Ausbau der Studienplätze bzw. Transferleistungen („global learning“) mit dem globalen Süden im Rahmen der EZA. Darüber hinaus müssen Publikationen, Lehre, Forschungsergebnisse und vor allem gesellschaftlich relevante Debatten ganz zentral in und um Universitäten stattfinden, diese müssen daher frei öffentlich zugänglich sein. Wesentliche Serviceleistungen – wie z.B. im Gesundheitsbereich, aber auch relevante Begleitforschung wie u.a. Evaluierungen, Monitoring, Forecasting und ähnliche Analysen, gerade vom/ im Politik- und Policybereich – sollten idealerweise ebenfalls im öffentlichen Universitätsbereich angesiedelt sein. Zentraler Motor des dringend notwendigen gesellschaftlichen und infrastrukturellen Mega-Umbaus im Zuge des Klimawandels sollten ebenfalls die öffentlichen Universitäten sein – wobei allerdings nicht alle der 22 öffentlichen Universitäten in Österreich die gleiche Rolle und Relevanz einnehmen können und müssen; vielmehr sollten diese behutsam und kohärent aufeinander abgestimmt sein. Hierfür muss auch so manche Doppelgleisigkeit rasch diskutiert werden: als prominentes Beispiel etwa die Vetmed-Uni als Einzeluniversität mit eigenem Standort (ein international beinahe einzigartiger Fall), welche etwa mit der BOKU fusioniert werden könnte.*

- b) Historiker:innen haben die Schlüsselrolle des europäischen Modells öffentlicher Universitäten für die Herausbildung offener, aufgeklärter, demokratisch-rechtsstaatlicher Gesellschaften und für den Erfolg des europäischen Modells sozialer Marktwirtschaft überzeugend nachgewiesen. Sind diese **gesamtgesellschaftlichen Systemleistungen** der öffentlichen Universitäten Ihres Erachtens noch aktuell? Sind sie weiterhin sicherzustellen, zu stärken oder abzubauen? Sehen Sie Veränderungsbedarf in inhaltlicher Hinsicht?

*Die genannten Aufgaben und wesentlichen Systemleistungen sind an sich aktueller denn je. Die Universitäten – insbesondere vielleicht die Universität Wien – können diese unter den aktuellen ökonomischen, technokratischen und manageriellen Zwängen in der Folge der UG-Reformen seit 2002 allerdings nicht (oder nur ungenügend) einlösen. Das UG ist also in weiten Teilen zu reparieren und zu verbessern. Insbesondere aber ist gesellschaftlich relevante Forschung und Lehre – im Sinne des CCCA-Statements von August 2024, also angesichts der massiven Herausforderungen des weltweiten Klimawandels – dringend zu stärken und auszubauen. Jedenfalls sollten Lehre und Bildung in der Masse kostenlos und frei zugänglich bleiben, zumindest bis inklusive MA-Niveau (mit der Ausnahme kostenpflichtiger, berufsbegleitender „Excellence-MA Programme“). Das dazugehörige Stipendien- und Studienbeihilfensystem sollte stark ausgebaut und inflationsgesichert werden. Apropos Studiengebühren: Für teurere Studienplätze, die technische und medizinische Ausstattung benötigen und gleichzeitig in der Tat höhere Einkommen ermöglichen, könnten ab MA-Niveau durchaus höhere Studienbeiträge angedacht werden. Ganz falsch ist es jedenfalls, alle Studienplatzkosten und etwaige Gebühren über einen Kamm zu scheren, weil damit auch wichtige Steuerungsfunktionen verlorengehen.*

- c) In der laufenden Legislaturperiode wurde der Umbau der öffentlichen Universitäten zu „**Forschungsuniversitäten**“ beschlossen und eine möglichst weit gehende Trennung von Forschung und Lehre innerhalb des Universitätspersonals als auch zwischen verschiedenen Hochschultypen forciert. Hierfür wird immer mehr Lehre von den Universitäten an die Pädagogischen und Fachhochschulen abgegeben, während ‚reine‘ Forschende systematisch von der Ausbildung der nächsten Generation ‚befreit‘ werden. Die (im Durchschnitt) zunehmend schlechter bezahlten Lehrenden werden wiederum von der Forschung befreit, die für sie durch die konstante Steigerung ihres Workloads auch nahezu unmöglich wird. Als Folge dieser Entscheidungen sinkt aktuell das durchschnittliche Qualifikationsniveau (Ausbildungsgrad, Forschungsleistung) der Lehrenden, was durch weitere Maßnahmen der **Abwertung der Lehre** gefördert wird. Die Differenzierung in (primär) Lehrende und Forschende führt im Einzelfall nicht zwingend zu einem Qualitätsverlust der Lehre. Betrachtet man allerdings Durchschnittswerte und berücksichtigt man, dass die neu eingeführte Mindeststudienleistung zusätzlichen Druck zur Senkung des Anforderungsniveaus an

Studierende ausübt, ergibt sich ein dramatischeres Bild: Dann wurde in den letzten Jahren eine gefährliche Abwärtsspirale ausgelöst, die unausweichlich zum **Sinken des gesamtgesellschaftlichen (Aus-) Bildungsniveaus** führt. Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Sehen Sie hier Interventionsbedarf? Wenn ja, was schlagen Sie vor?

*Vorweg: Der WANDEL/KEINE steht bezüglich der Forschung und ihrer notwendigen Bedingungen völlig hinter den Auffassungen und Forderungen des Climate Change Centre Austria (CCCA) vom 22.08.24, welche hier beigelegt und verlinkt sind.*

*Darüber hinaus wollen wir festhalten, dass wir sehr wohl der Meinung sind, dass es unterschiedliche Wissens- und Wissensanwendungsformen gibt, die zunächst zu unterscheiden wären. Nicht alle dieser Formen sind jederzeit und überall gleichermaßen relevant. Wir sind daher der Meinung, dass es jeweils unterschiedliche, bestgeeignete, organisationale Träger und VermittlerInnen gibt und diese auch notwendig sind. Prinzipiell haben wir daher nichts gegen verschiedene Arten (!) von Forschungsuniversitäten und würden auch gerne mehr klar ausgerichtete Forschungsprofessuren mit öffentlichem Auftrag (!) in Österreich sehen, allerdings unter drei Bedingungen: 1. Dass diese mit einem klaren Commitment zu echter Grundlagenforschung sowie zur angewandten und transformativen Forschung – siehe CCA-Stellungnahme – und mit entsprechenden Rahmenbedingungen und entsprechender Finanzierung einhergehen. 2. Zweitens erwarten wir, dass diese „Forschungsuniversitäten“ niemals gänzlich von der Lehre und Mitarbeit in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung bzw. Organisationsarbeit – also dem „academic housekeeping“, insbesondere im postgraduellen Bereich – entbunden sind. Umgekehrt sollen und müssen ALLE Lehrenden auch zur Teilnahme an Forschung ermutigt (und ihnen dies ermöglicht) werden, wobei weiters echte Karrierepfade und leistungsorientierte (!), international kompetitive Bezahlungsmodelle eingeführt werden sollten. Auch stehen wir für das Freihalten von Lehre und Forschung in Teilzeitmodellen, für Nicht-Affilierte und Quereinsteiger ein. 3. Drittens wollen wir aber auch Lehre und Forschung, sowie Universitäten an sich, endlich rigorosen, idealerweise jährlichen oder zweijährlichen Evaluierungen hinsichtlich ihrer gesamtgesellschaftlichen Leistungen und Teilhaben unterziehen (d.h. im Sinne des Leiden Manifestos<sup>3</sup> weit über reine Publikationsleistungen, Drittmittelinwerbungen und quantitativen Zitierungen hinausgehend).*

- d) Die Verschränkung von Forschung und Lehre ist im aktuellen Universitätsgesetz auch deshalb zwingend vorgesehen, weil sie ein angemessenes Wissen der Lehrenden über aktuelle Entwicklungen in der Forschung sicherstellt. Durch die zunehmende Abschaffung „forschungsgeliteter Lehre“ wird nun allerdings das aus den Schulen bekannte Problem (teils jahrzehntelang) veralteter Lehrinhalte in die Hochschulen getragen: Das Problem überholter, überflüssiger oder fehlender Lehrinhalte infiltriert nun auch die Spitze des österreichischen Bildungssystems. Es löst hier deutlich größere Multiplikatoreffekte als im Schulsystem aus, da nun die **Qualität der Ausbildung der Ausbilder:innen** – der Lehrkräfte im Elementar- und Sekundarbereich, in Pädagogischen und Fachhochschulen, Berufsschulen usw. – betroffen ist und eine nicht aufzuhaltende **Abwärtsspirale** in Bewegung setzt. Wie stehen Sie dazu, dass die öffentlichen Universitäten von ihren Aufgaben an der Spitze des österreichischen Bildungssystems zunehmend abgezogen werden? Bis zu welchem Punkt (falls überhaupt) lassen sich die negativen Folgen dieser politischen Entscheidung für das österreichische Bildungssystem, den österreichischen Arbeitsmarkt und das gesamtgesellschaftliche (Aus-) Bildungsniveau Ihres Erachtens sachlich rechtfertigen?

*Das ist in der Tat ein Problem: Die Wissensvermittlung und die Transferleistungen von Forschung zu Lehre sowie zur weiteren Gesellschaft generell hinken (inkl. Wissensjournalismus, Außenkommunikation der öffentlichen Universitäten) in Österreich stark hinterher und müssen für gesellschaftlichen WANDEL, für den wir wie niemand sonst eintreten, unbedingt gestärkt werden. Reine Lehre ohne Forschung bzw. umgekehrt ist zumindest im rein universitären Bereich, und da insbesondere in der Grundlagenforschung, weder möglich noch sinnvoll. Im Service- und angewandten Forschungsbereich, wo es im Zusammenspiel mit FTI um die konkrete Lösung relevanter Probleme geht, ist die Lage etwas anders. Hier wären interdisziplinäre „Serviceagenturen“, die bestimmte*

<sup>3</sup> <https://www.nature.com/articles/520429a>

*Forschungs- und Koordinationsleistungen anbieten und die den öffentlichen Universitäten und FHs annexiert sind, durchaus ein gangbarer Weg, der gleichzeitig den NachwuchsforscherInnen im PhD und Postdoc-Bereich voll- bzw. selbstfinanzierte Stellen im Rahmen konkreter internationaler Projekte sowie jede Menge Vernetzung und Erfahrungen ermöglichen könnte. Dazu wäre gleichzeitig eine geringere Einbindung in die Lehre zu ermöglichen – im Gegenzug zur Senkung der externen (Vertrags-)Lehrquote. Aber Achtung: Natürlich müssen die demokratischen und aufklärerischen Funktionen der Universitäten verteidigt werden, und wir stehen gegen eine weitere Ökonomisierung von Bildung und Forschung.*

- e) Das Prinzip forschungsgeleiteter Lehre wurde auch deshalb gesetzlich verankert, weil es als optimaler Weg zur bestmöglichen **Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses** gilt und damit mittel- und langfristig zur höchstmöglichen Qualität der hiesigen Forschung beiträgt. Flächendeckende forschungsgeleitete Lehre bedeutet nämlich, dass nicht erst im MA- oder PhD-Studium, sondern bereits in den ersten Studiensemestern hochqualifiziertes Personal eingesetzt und bestmögliche Lehre sichergestellt wird. Wie stehen Sie dazu, dass aktuell ein entgegengesetzter, von Bildungswissenschaftler:innen einhellig kritizierter Weg eingeschlagen wird?

*Wir sind nicht der Meinung, dass wir in Österreich unter den aktuellen Bedingungen von einer bestmöglichen Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (im Sinne internationaler best practices und Standards) sprechen können, allerdings war dies auch nicht im Rahmen früherer Modelle gegeben. Innovative Ansätze für die Ausbildung und Lehre wären dringend angebracht, insbesondere solche, die anregen, aus den Unis herauszukommen und in der jeweiligen Praxis und Umwelt mitzuarbeiten, die also weit mehr auf Inter- und Transdisziplinarität sowie transformative Zusammenarbeit (siehe CCA-Statement) abzielen – analog zu den Missionen und Clustern in Horizon Europe bzw. dem nächsten FP10. Aktuell sehen wir weder politisch noch gesellschaftlich den Willen dazu, vielmehr sehen wir einen permanenten Rechtfertigungsdruck der wissenschaftlichen Arbeit und Ausbildung. Umso wichtiger ist es für uns daher, das politische und gesellschaftliche Bewusstsein für diese dringenden Notwendigkeiten zu schaffen und auch deren Umfang und Tragweite – systematischer Umbau des gesamten Bildungssystems, Änderung der „feudalen“ Strukturen innerhalb der Universitäten, Abkehr vom Lehrstuhlprinzip, etc. – bewusst zu machen.*

- f) Österreichs öffentliche Universitäten wurden auch deshalb gesetzlich zu forschungsgeleiteter Lehre verpflichtet, um die von ihnen erwartete spezifische, **der „Öffentlichkeit“ dienende Ausrichtung der Forschung** sicherzustellen: Forschungsgeleitete Lehre fördert durch den direkten Kontakt aller Forschenden mit den nachfolgenden Generationen Forschungsfragen, die an der Entwicklung und am Wohl der Gesamtgesellschaft orientiert sind. Sie stärkt die Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, sichert schnellstmögliches Reagieren auf neue Herausforderungen und verhindert die Rückkehr zur (schon mehrfach gescheiterten) **Forschung im ‚Elfenbeinturm‘**. Für wie relevant halten Sie diese positiven Effekte forschungsgeleiteter Lehre?

*Prinzipiell ein klares JA zu den genannten Punkten. Wir teilen die Notwendigkeit uneingeschränkt. Dennoch sind wir sehr skeptisch gegenüber der tatsächlichen Einlösung dieser Forderungen. Wir nehmen die rein akademische Forschung in Österreich – insbesondere der Sozial- und Geisteswissenschaften – nach wie vor als viel zu stark im „Elfenbeinturm“ wahr, als zu verfangen in inner-akademischen Diskursen und Praxen, und als viel zu wenig transformativ und transdisziplinär bzw. breitenwirksam (im Sinne eines Zusammenspiels quer über verschiedenste gesellschaftliche Sektoren hinweg) aufgestellt. Dazu gehört auch eine teilweise begründete und teilweise unbegründete Abneigung weiter Teile der akademischen Lehre und Forschung gegenüber der vertieften Zusammenarbeit mit öffentlichen Verwaltungen, multilateralen Institutionen und dem Privatsektor, aber auch mit der extra-universitären Forschung (welche in Österreich überproportional erfolgreich ist und dringend gestärkt gehörte). Ein Extrembeispiel stellt die Österr. Akademie der Wissenschaften dar, welche einerseits weitgehend intransparent agiert, andererseits institutionell stark politisiert ist und darüber hinaus ziemlich ineffizient – sowie weitgehend für sich und an anderen Sektoren vorbei – agiert, ihrer vergleichsweise üppigen Ausstattung und Förderung zum Trotz. Hier besteht dringender Reformbedarf!*

- g) Zur Verteidigung der Entkopplung von Forschung und Lehre wird der Begriff der (akademischen) Bildung neuerdings wieder auf die heillos **überholten Konzepte des Wissenstransfers und der Wissensanhäufung** reduziert. Die schnellen Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz verlangen allerdings eine ehestmögliche, fundierte Weiterentwicklung aktueller (!) Bildungsbegriffe. Die Herausforderung des Forschungs- und Bildungssystems durch **KI-gesteuerte Systeme** sollte nicht ignoriert werden. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

*KI ist relevant, längst präsent und hilfreich, allerdings auch nicht unlimitiert anwendbar bzw. sinnvoll. Wir stehen klar für Lehre und Ausbildung im Bereich KI, inkl. der transparenten Anwendung in der Forschung, sowie für die Einbindung von KI, da wo sinnvoll, in der universitären Administration. Gesellschaftliche Debatten rund um den Einsatz und die Entwicklung von KI müssen zentral mit und von öffentlichen Universitäten ausgehen. Umgekehrt sind weitreichende politische, ethische und personalrechtliche Entscheidungen nicht an KI auszulagern: Universitäten sind primär humane und humanistische Orte, der Verteidigung dieser Werte sind wir ebenso verpflichtet.*

- h) Um die aktuelle Tendenz zur Entkopplung von Forschung und Lehre zu legitimieren, müsste eine **Korrektur des Universitätsgesetzes** erfolgen. Wie stehen Sie dazu?

*Ganz klares JA, eine der dringendsten Aufgaben im Bildungs- und gesamtgesellschaftlichen Bereich. Gleichzeitig gehören die Unis und insbesondere Studierende und Admins gesellschaftlich re-politisiert (nicht im Sinne des Parteienunwesens, sondern gesellschaftlich), Hand in Hand mit einer weitgehenden Entflechtung von der Verwaltung (etwa von von abstrusen „Uniräten“), da Wissenschaft stets politisch ist.*

## **2. Stellenwert der öffentlichen Universitäten**

---

- a) In der laufenden Legislaturperiode wurde die **Verkleinerung der öffentlichen Universitäten** zugunsten der Pädagogischen und Fachhochschulen beschlossen und in Angriff genommen. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung? Welchen **Stellenwert** (Größe, Budget, rechtliche Aspekte) sollen öffentliche Universitäten Ihres Erachtens in Zukunft **im österreichischen Hochschulsystem** einnehmen?

*Prinzipiell: Wir sind dagegen, die öffentlichen Universitäten mit FHs und Pädaks gleichzusetzen, letztere erfüllen andere Zwecke auf anderen Wegen. Insofern müssten auch die Budgetmodalitäten und Finanzierungen sowie die jeweiligen Evaluierungen getrennt, wenn auch bezüglich der jeweiligen Ziele kohärent aufeinander abgestimmt, behandelt werden. Gleichzeitig könnten aber bislang relevante Bereiche der öffentlichen Universitäten sehr wohl an FHs bzw. an etwas aufgewertete Universities of Applied Sciences ausgelagert werden, inklusive Forschung, solange dort die Qualität gestärkt und laufend evaluiert bzw. verbessert wird. Dies betrifft für uns im Übrigen auch klar berufsbildende und auf den Privatsektor abzielende Bereiche von bislang an öffentlichen Universitäten angesiedelten Teil-Disziplinen: Teile der Medizin, vom Juridicum, diverse Angebote von Bezahl-Diplomen wie MBAs und Ähnliches, aber ebenso (christliche) Theologie, die, im Gegensatz zu Religionsethik oder Interkultureller Theologie, für uns an öffentlichen Universitäten nichts verloren hat.*

*Auch im technischen Bereich gäbe es entsprechendes Reformpotenzial: Nicht alles, was an den TUs unterrichtet und angeboten wird, müsste dort auch angesiedelt sein. Dies betrifft insbesondere angewandte und privatwirtschaftlich orientierte Angebote, aber auch semi-universitäre Spin-offs, wo Studierende in Wahrheit als billige Arbeitskräfte für wirtschaftliche (Privat)zwecke eingesetzt werden.*

*Derart reformiert und gestärkt sollte Österreichs öffentliche Finanzierung für öffentliche Unis und FHs von rund 1,22% des BIP im Jahr 2022 sich an den % des BIP für öffentliche Universitäten von Ländern wie Dänemark, Niederlande und im Idealfall der Schweiz orientieren, also die Ausgaben über mehrere Jahre hinaufschrauben. Dies gilt ebenso für den Beitrag des Privatsektors (aktuell bei rund 1,45%), und zwar des philanthropischen, während durchaus über eine Verkleinerung des Angebots bzw. Verlagerung hin zu anderen Hochschulformen mit eigenen Finanzierungsmodalitäten und unter stärker Einbindung des Privatsektors nachgedacht werden sollte. Also*

*insgesamt im universitären Bereich hin zu mehr internationaler Qualität, weg von reiner Quantität und Masse, bei gleichzeitiger Öffnung und Ausweitung der gesamtgesellschaftlichen Teilhabe.*

- b) Das Ergebnis der letzten Nationalratswahl führte zu einer **Verringerung des Stellenwerts der öffentlichen Universitäten in Politik und Verwaltung**. Statt wie bisher Hochschulpolitik und Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik (FTI-Politik) als gleichwertige, miteinander komplex verflochtene Aufgaben wahr- zunehmen und ihre unterschiedlichen Ziele und Potenziale aufeinander abzustimmen, wurde in Gesetz- gebung und Verwaltungspraxis die Hochschulpolitik der FTI-Politik und deren Zielsetzungen untergeord- net. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Neuordnung allerdings die systemrelevanten Schlüsselfunktionen der öffentlichen Universitäten: ihre Leistungen an der Schnittstelle des Forschungs-, Bildungs- und Innovationssystems sowie ihre Ausgleichs- und Vermittlungsfunktion zwischen Politik, Öffentlichkeit und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Nicht berücksichtigt wurden infolgedessen die qualitätssichernden Effekte dieser Schnittstellen- und Vermittlungsleistungen zugunsten der Nachhaltigkeit und Zukunftstauglichkeit politischer Entscheidungen einerseits, Forschungs- und Technologieentwicklungen andererseits. Bis auf marginale, nicht näher ausgeführte Erwähnungen („Vertrauen in Demokratie stärken“) sind in der aktuellen Hochschulplanung auch die fundamentalen systemischen Leistungen öffentlicher Universitäten in der Geschichte der Demokratisierung, der Aufklärung und des Erfolgs der sozialen Marktwirtschaft als Werte und Ziele nicht mehr zu finden. Auch in struktureller Hinsicht erschwert die **Unterordnung der Universitäts- unter die FTI-Politik** zentrale, zukunftsrelevante Schnittstellen-Leistungen der öffentlichen Universitäten und behindert damit das bestmögliche Erfüllen ihres öffentlichen Auftrags. So ermöglichte die Gleichrangigkeit der FTI- und Hochschulpolitik die Optimierung, Qualitätssicherung und gesteigerte Nachhaltigkeit beider Systeme durch wechselseitige Inputs und Korrekturen sowie durch – zu Recht – konkurrierende Bewertungsmaßstäbe (Wirtschaftsförderung versus Allgemeinwohl/ Bildung/ Umwelt usw.). Die hierarchische Neuordnung beider Handlungsfelder blockiert diese Feedbackschleifen jedoch und verspielt deren Potenziale. Wie stehen Sie zu diesem jüngst vorgenommenen Kurswechsel? Wie sehen Sie dessen Vor- und Nachteile?

*Gemäß dem bereits Erläuterten oben sehen wir die Dinge in der Tat etwas anders: FTI, die im Übrigen auch längst nicht nur der Wirtschaftsförderung dient bzw. dienen sollte (Stichwort: soziale Innovationen), und öffentliche Universitäten stehen nämlich nicht in Konkurrenz, sondern sollten sich idealerweise, bei genügend Reibung, auch ergänzen. Auch ist sehr fraglich, ob unter den seit 2002 bestehenden Bedingungen sowie angesichts des Fehlens einer breit angelegten Grundlagenforschung die öffentlichen Universitäten diese in der Frage beschriebenen Schnittstellen- und Vermittlungstätigkeiten tatsächlich einlösen.*

*Insofern ist der neue Kurs im Rahmen der FTI-Strategie 2030 prinzipiell verständlich und entspricht relativ kohärent den geänderten forschungspolitischen Weichenstellungen auf europäischer Ebene. Es ist nun noch zu kurzfristig, diese Auswirkungen in der Breite zu erfassen und zu evaluieren. ABER: Wir sehen natürlich auch die von Ihnen skizzierten Gefahren; entsprechende Tendenzen sollten rechtzeitig festgestellt werden und ihnen ist entsprechend entgegenzuwirken; beides wieder auf Grundlage verbindlicher Evaluierungen und auch entsprechend verpflichtender Antworten seitens der öffentlichen Verwaltung (wie es sie in Deutschland, aber nicht in Ö gibt). Natürlich müssen die demokratischen und aufklärerischen Funktionen der Universitäten verteidigt werden, und wir stehen prinzipiell gegen eine weitere Ökonomisierung und vor allem Privatisierung von Bildung und Forschung.*

- c) Der aktiv reduzierte Stellenwert der öffentlichen Universitäten in der österreichischen Politik und Verwaltung beinhaltet ein weiteres Risiko, indem er ein aktuell wachsendes gesellschaftliches Problem verstärkt: Die Umformung der öffentlichen Universitäten zu FTI-orientierten „Forschungsuniversitäten“ verdrängt diese nicht nur von ihrem bisherigen Platz in der Mitte der Gesellschaft. Sie verringert auch die Verpflichtung zur Orientierung am gesellschaftlichen Allgemeinwohl sowie zur bestmöglichen, breiten Erfüllung des öffentlichen Auftrags. Damit übt die **aktuelle Umstrukturierung der**

**Hochschullandschaft** eine **problematische Signalwirkung** aus. Denn Wissenschaft basiert zwar auch auf dem Sammeln und Teilen von Faktenwissen. Ihr Grundprinzip und Erfolgsgeheimnis ist allerdings der rationale, evidenzbasierte, Begründungen erfordernde Austausch zwischen konkurrierenden Positionen (Theorien, Methoden, Forschungsergebnisse) und der Anreiz zur Lösung der in diesem Austausch sichtbar werdenden, offenen Fragen. Der gesenkte Stellenwert der öffentlichen Universitäten in der österreichischen Politik hat aufgrund dessen weitreichende Folgen für den Stellenwert von Bildung, Aufklärung und egalitär-demokratischem Kommunizieren und Handeln in der österreichischen Gesamtgesellschaft. Der entscheidende Punkt ist, dass die Abwertung fundamentaler europäischer Grundwerte und Erfolgsprinzipien mit der jüngsten hochschulpolitischen Neuausrichtung an der Spitze der Gesellschaft angekommen ist. Mit ihrer Abwertung des europäischen Modells öffentlicher Universitäten übt die aktuelle Forschungs- und Hochschulpolitik eine Vorbildfunktion aus, die angesichts der auch in Österreich wachsenden **Demokratie- und Wissenschaftskepsis** als verheerend bezeichnet werden muss. Auch aufgrund der *strukturellen Verankerung* dieser Abwertung demokratischer und wissenschaftlicher Grundprinzipien ist nicht damit zu rechnen, dass PR-Maßnahmen zugunsten des „Vertrauens in Demokratie und Wissenschaft“ nachhaltige Wirksamkeit zeigen werden. Wie schätzen Sie diese Zusammenhänge ein? Sehen Sie in der nun von der Spitze der Gesellschaft ausgehenden, strukturell verankerten Abwertung wissenschaftlicher und demokratischer Werte und Praktiken ein Risiko, das hingenommen werden muss? Oder sehen Sie hierin ein zu lösendes Problem? Wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

*Wir gehen nicht unbedingt d'accord: Wissenschaft ist ebenfalls im FTI-Bereich denselben Regeln und Methoden verpflichtet, so sie einen Qualitätsanspruch hat (und den hat sie). Zudem stehen, wie bereits erläutert, die öffentlichen Universitäten bei weitem gar nicht (mehr) so in der „Mitte der Gesellschaft“, wie das vermeintlich intern so empfunden wird (oder wurde). Dies hat auch mit den absolut elitistischen, exkludierenden und hardcore-marktwirtschaftlichen Dynamiken des Wissenschaftsbetriebs selbst (etwa im Publikationsbereich, aber auch in sonstigen Metriken und Karrierebewertungen) sowie der Ungleichheit zw. globalem Norden und Süden zu tun, wo von „Demokratie“ ausgesprochen wenig übriggeblieben ist. Wir teilen allerdings die Sorge um die Abwertung universitärer Lehre und Forschung, verursacht in erster Linie durch schlechte Politik und Prekarisierung sowie durch fehlende Ernsthaftigkeit und Vertrauen im Umgang mit ihren Resultaten und Forderungen. Das Problem ist für uns also komplexer und hat darüber hinaus mit dem gesellschaftlichen und globalpolitischen Umgang mit (und Stellenwert von) rational-argumentativer (aber nicht nur!) und systematischer Erkenntnis und Auseinandersetzung bzw. deren Wandel im Laufe der Zeit, generell zu tun. Hier müssten – als Lösungsansatz – finanziell und qualitativ stark aufgewertete öffentliche Universitäten stärker als Orte zentraler öffentlicher Debatten und Events auftreten – etwa mittels breit-partizipativer citizens' science, verbesserter Außenkommunikation sowie Wissenschaftsvermittlung – und ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft daher aggressiver und proaktiver einfordern und „zurückholen“. Gerade auch die Kunstuniversitäten sind hier massiv gefordert, aktiver und inklusiver zu werden!*

- d) Exemplarischer und signifikanter Ausdruck des verringerten Stellenwerts der öffentlichen Universitäten in der österreichischen Politik und Verwaltung ist die unlängst erfolgte **Abschaffung des Österreichischen Wissenschaftsrats** (ÖWR). Dieser war ein unabhängiges Gremium aus Hochschulexpert:innen, das auch Kritik übte, wenn parteipolitische Interessen über das Allgemeinwohl gestellt wurden. Offiziell handelt es sich um keine Auflösung dieses Rats, sondern um dessen Fusionierung mit dem ehemaligen Rat für Forschung und Technologieentwicklung (FTE-Rat) zum nunmehrigen Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT). Allerdings ist der neue FORWIT-Rat wiederum durch eine deutliche Dominanz der FTI- über Hochschulagenden gekennzeichnet, was mit der angeblich notwendigen Beseitigung ineffizienter Parallelstrukturen begründet wurde. Entscheidend ist, dass bei der ‚Zusammenlegung‘ der beiden Räte nach derzeitigem Wissensstand eine Weiterführung der bisherigen wissenschafts- basierten Beratung

von Regierung und Verwaltung in hochschulpolitischen Fragen nicht gesichert ist. Ob eine **Fortführung der vom Österreichischen Wissenschaftsrat erbrachten Leistungen** (Studien, Analysen, Empfehlungen) in gleichbleibender wissenschaftlicher (!) Qualität und mit gleichbleibender hochschul- spezifischer Ausrichtung erfolgen wird, ist bislang ungeklärt. Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit einer unabhängigen, institutionalisierten, wissenschaftlichen Beratungsleistung in Hochschulfragen? Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit, einer wissenschaftsbasierten Politikberatung in hochschulspezifischen und FTI- spezifischen Angelegenheiten einen gleich hohen Stellenwert einzuräumen?

*Vorweg: Der seit 2023 neu geschaffene Rat (FWIT oder FORWIT) sollte nicht losgelöst von der FTI-Strategie 2030, der FTI-Pakte sowie dem Fonds Zukunft Österreich (FZÖ) betrachtet werden. Letzterer ist genauer zu durchleuchten und gegebenenfalls hinsichtlich seiner Zielsetzungen und Operationalisierung zu reformieren. Dennoch sind da durchaus vernünftige und in Österreich längst überfällige Konzepte und Ansätze dahinter, gerade auch um die transformative Forschung im Sinne des CCCA-Statements von August 2024 im Prinzip zu stärken. Wie immer liegen die Schwächen im Detail. So ist weder die Zusammensetzung noch die Ernennung der Rats-Mitglieder den internationalen Standards für Transparenz und Unabhängigkeit genügend. Auch ist in der Tat derzeit ein deutlicher Überhang der privatsektoriellen FTI- Interessen wahrnehmbar, gleichzeitig gehören aber auch nicht unbedingt ProfessorInnen öffentlicher Unis in solch einen Rat, sondern tatsächlich in der Breite mit forschungs- und innovationspolitischen Agenden betraute ExpertInnen. Nötig wäre auch ein dazugehöriges Ethikgremium, welches in der Form nicht eingerichtet wurde, aber unsere zentrale Forderung dafür wäre. Die früher vom Österreichischen Wissenschaftsrat erbrachten Leistungen könnten allerdings nun von anderen bereits bestehenden Gremien, insbesondere der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, übernommen werden, welche sich ja selbst gerne als unabhängig und mit besonderer hochschulspezifischer Expertise beschlagen darstellt.*

### 3. Leistungsmessung und Rankings

---

a) Die negativen Effekte der aktuell dominierenden **internationalen Universitäten-Rankings** (THE-, QS-, Shanghai-Ranking) – ihre innovationshemmenden, qualitätsmindernden und motivationsfeindlichen Auswirkungen – stehen wissenschaftlich inzwischen außer Frage: Ihre Messkriterien fördern Mainstreamforschung, die rein taktische Orientierung an ‚Trends‘, die möglichst marginale, unaufwändige Variation vorangegangener Arbeiten („inkrementelle Forschung“) sowie schmale, gängige und risikoarme Projektdesigns. Zugleich bremsen sie belegtermaßen die erwünschte „innovative Forschung“, da die Positionierung in neuen Forschungsfeldern oder Forschungslücken durch die Bedeutung quantitativer Bewertungen (Zahl der Publikationen, Zitationen usw.) zu einem existenziellen Risiko geworden ist. Renommiertere europäische Universitäten hören deshalb zunehmend auf die diesbezüglichen Warnungen wissenschaftlicher und politischer Institutionen (OECD, EU usw.): Sie steigen aus den Rankings aus und ersetzen sie durch Wege der Leistungsmessung, die sich an der europäischen *Coalition on Reforming Research Assessment* (CoARA) orientieren und auf die Verstärkung qualitativer und breiterer Bewertungsmethoden setzen (z.B. Berücksichtigung von Lehre, Nachwuchsbetreuung, öffentlichem Engagement usw.). Die österreichische Universitätspolitik geht hier zurzeit den entgegengesetzten Weg, indem sie verbesserte Platzierungen im THE-Ranking zum obersten universitätspolitischen Ziel und Maßstab erhebt. Wie stehen Sie zu dieser Entscheidung? Welche Lösung sehen Sie für das Problem, dass die genannten Rankings in internationaler Hinsicht ein **Auslaufmodell** darstellen?

*Die aktuelle Orientierung des Mainstreams ist grundfalsch und verheerend, siehe auch Leiden Manifesto.*

*Wir stehen für ein klares RAUS aus den wesentlichen Rankings, hin zu CoARA Standards und zwar auch in der internen Evaluierung, die endlich flächendeckend und unabhängig zur Personalsteuerung eingeführt werden müsste.*

- b) Die genannten Rankings orientieren sich mit ihren schlichten, auf möglichst leicht verfügbaren Daten aufbauenden Messkriterien an einem **universitären Idealmodell**: Dies sind insbesondere angloamerikanische Universitäten, die anstelle staatlicher Finanzierung von privaten Sponsor:innen und zahlungskräftigen Studierenden (hohe Studiengebühren) abhängig sind. Sie weisen einen möglichst engen, naturwissenschaftlichen Schwerpunkt, möglichst geringen Lehranteil und eine möglichst geringe Verflechtung mit der Gesamtgesellschaft auf und sind an keinen öffentlichen Auftrag gebunden. Optimale Rankingplatzierungen verlangen eine Annäherung an dieses willkürliche, einseitige Idealmodell. Sie verlangen Umstrukturierungen, die mit dem europäischen Modell öffentlicher, der Gesamtgesellschaft dienender Universitäten nicht vereinbar sind. Wie sehen Sie diese Problematik?

*Wir teilen diese Auffassung weitgehend, sehen die öffentlichen Universitäten in Österreich allerdings gleichzeitig schon seit geraumer Zeit nicht mehr als in der Breite „der Gesamtgesellschaft dienend“, wie weiter oben ausgeführt. Anmerkung: Die skizzierten Problematiken mit den internationalen Rankings haben eher mit der Eigendynamik und Logik insbesondere des naturwissenschaftlichen und technischen Wissenschaftsbetriebs selbst zu tun, der ebenfalls derzeit (noch?) vom angloamerikanischen Raum dominiert wird. Eingeständige europäische Gegenmodelle – insbesondere analog zum im CCCA-Statement dargestellten transformativen Forschung – wären dagegen an sich zu begrüßen.*

- c) Die dominierenden internationalen Universitäten-Rankings verdanken ihre Bedeutung ihrer Nützlichkeit für das Marketing der hiervon profitierenden, dem ‚Idealmodell‘ entsprechenden Institutionen. Dies ist nachvollziehbar, da diese aufgrund fehlender staatlicher Finanzierung von finanzstarken (internationalen) Studierenden und Sponsor:innen abhängig sind. Für Österreichs öffentliche Universitäten spielen diese **Marketing- und PR-Ziele** jedoch keine Rolle. Die alljährlichen Ranking-News führen zwar zu regelmäßigen Medienmeldungen. Allerdings sind Medienberichte über die irreführenden und irrationalen Zahlenspiele dieser Rankings inzwischen ebenso häufig. Welche Ziele lassen sich Ihres Erachtens mit universitärem Marketing via Rankings realiter erreichen? Was kann die erhoffte „**Sichtbarkeitssteigerung**“ Ihres Erachtens konkret bewirken?<sup>4</sup>

*Die Universitäten in Ö stehen einem enormen öffentlichen Rechtfertigungsdruck gegenüber, insbesondere seitens der Rechtsaußen-Parteien und des allzu oft in Anspruch genommenen „Hausverstands“. Es fehlt in Österreich massiv an einem gesellschaftlichen Grundkonsens darüber, dass nur F&I und Bildung den Schlüssel für gesellschaftlichen Wohlstand darstellen. Hier können Rankings und Marketing im Sinne leicht vermittelbarer Erfolge in der Tat ein wirksames, wenn auch temporäres, Gegenmittel darstellen. Abgesehen davon stehen auch österr. Unis in einem mittlerweile durch und durch verkapitalisierten Wissenschaftsbetrieb in einem knallharten internationalen Standortwettbewerb, welcher gleichzeitig auch Gewicht und Stimme in der Mitbestimmung der europäischen Forschungspolitik und Kooperation einräumt – da hinkt Österreich eklatant hinterher. Zumindest bestimmte Arten von Erfolgsindikatoren und entsprechendes internationales Marketing sind daher wichtig und*

---

<sup>4</sup> Der vielzitierte „Wettbewerb um die besten Köpfe“ spielt im Bereich der Studierenden nur eine marginale Rolle, da in der Wahl des Studienorts andere Kriterien dominieren (Sprache, Fach, Aufenthaltskosten, Studiengebühren, Lebensqualität, soziales Umfeld usw.). Für Stellenbewerber:innen sind Universitäten-Rankings nahezu gänzlich irrelevant. Abgesehen davon, dass auch sie ‚Standorte‘ stark nach den genannten außeruniversitären Kriterien bewerten (Lebensqualität usw.), wissen Forscher:innen über die Qualität der für sie interessanten Departments generell sehr gut Bescheid oder können sich hierüber schnell korrekt (!) informieren. Denn ‚Qualität‘ lässt sich zwar sehr schwer quantitativ messen. Unter aktiv Forschenden führt die Frage nach der Qualität konkreter Einzelleistungen oder Departments jedoch nur sehr selten zu stark voneinander abweichenden Einschätzungen. Qualität lässt sich im Wissenschaftsbereich leichter feststellen, als zumeist angenommen.

tendenziell (leider) auch immer wichtiger, so man im Bereich der internationalen Spitzenlehre- und Forschung sowie beim Anwerben der besten Köpfe für transformative Arbeit, auch mitspielen möchte (und das wollen wir).

- d) Die Etablierung eines Ranking-Idealmodells führt zur Minderbewertung und Benachteiligung von Universitäten mit abweichenden Strukturen und Zielen. Dieses Problem betrifft u.a. die in Österreich verbreiteten, breit gefächerten „**Volluniversitäten**“, die interdisziplinäre Forschung erleichtern und den Studierenden die Möglichkeit für selbstgewählte, flexible Kombinations-, Doppel- oder Mehrfachstudien eröffnen.  
[...]

*Das wäre schön – aber gibt es denn diese Möglichkeiten überhaupt noch oder werden sie nicht von Jahr zu Jahr weniger?*

[...] Betroffen von der rankinginduzierten, verzerrenden Leistungsmessung sind auch Einrichtungen mit starken rechts-, sozial- oder kulturwissenschaftlichen Fakultäten, die durch ihren vergleichsweise hohen Fokus auf konkrete Gesellschaften, Sprachen, Kulturen, regionale oder nationale Räume notwendig geringere Zitationsraten aufweisen als die abstrakteren MINT-Disziplinen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) und die medizinischen Fächer. Für wie weitreichend halten Sie die Folgen dieser verzerrten Leistungsmessung? Wie bewerten Sie den Umstand, dass Universitäten – ausschließlich **zugunsten verbesserter Rankingplatzierungen** der Gesamtuniversität – **bestimmte Disziplinen und Fachbereiche** zugunsten anderer gezielt **verkleinern**? Ist die Möglichkeit, solche Umschichtungen ohne sachliche Rechtfertigung vorzunehmen, angesichts der ausschließlich negativen, teils irreversiblen Folgen für die österreichische Forschungs-, Innovations- und Bildungslandschaft politisch verantwortbar? Welche Lösungswege sehen Sie für das Problem?

*Wie sonst auch skizziert: Kriterien für Verkleinerung ausschließlich über knallharte, aber qualitativ ausgerichtete Leistungsevaluierungen im breiten gesellschaftspolitischen Sinne, welche sich nach den progressivsten internationalen Standards richten (insb. Leiden Manifesto, etc) sowie dem übergeordneten Ziel transformativer Forschung, Lehre und Ausbildung dienen. Auch Professuren müssen jederzeit auf der Basis von Evaluierungen – keinesfalls auf politischen Druck – kündbar werden/sein. Internationalisierung ist dafür tatsächlich ein relevantes Kriterium, auch lokale „Nischen“ müssen kreativer werden, um sich zu internationalisieren und zu vernetzen. Dass das möglich ist, beweisen zig ForscherInnen und Universitäten des globalen Südens Tag für Tag. Gleichzeitig treten wir UNBEDINGT an den Unis für stärkere Arbeitnehmer:innenrechte, Arbeitsplatzsicherheit und Chancengleichheit ein!*

*Auslagerungen an FHs und ähnliche Hochschulen stellt an sich keine Verkleinerung der Verfügbarkeit dar, solange der breite Zugang offenbleibt. Doppelgleisigkeiten – wie BOKU und VetMed mit ganz ähnlichem Studienangebot und Bibliotheken – gehören geklärt und ggf. reformiert.*

- e) Das Problem sachlich nicht gerechtfertigter, rankingorientierter Auf- und Abwertungen verschiedener Fakultäten, Disziplinen oder Fachbereiche macht nicht an den Grenzen einzelner Institutionen Halt. Denn Rankings motivieren durch ihre Benachteiligung fachlicher Breite zu einem generellen, die gesamte österreichische Forschungslandschaft betreffenden **Abbau komplexer Infrastrukturen**: Sie belohnen höchstmögliche **Spezialisierung und** die Konzentration auf möglichst wenige ausgewählte Felder (**Schwerpunktbildung**) – eine Tendenz, die sich auch in der überraschenden Anzahl neuer, themenspezifischer (Klein-) Universitäten zeigt. Dieser forschungs- und hochschulpolitische Trend geht davon aus, dass zukünftige wissenschaftliche Herausforderungen vorhersehbar seien, dass die aktuell minimierten oder aufgelassenen Wissenschaftsfelder im Bedarfsfall schnell wiederbelebt werden könnten und sich die aufgerissenen Lücken problemlos schließen ließen. Genau das ist aber nicht der Fall. Denn das nötige Wissen und Können muss aktiv tradiert werden: Auch wenn die entscheidende Fachliteratur zugänglich ist, benötigt es – abgesehen von etwaigen Laboren, Instrumenten usw. – Forscher:innen, die dieses Wissen anwenden und weiterentwickeln können. Deren Zahl lässt sich nicht auf Knopfdruck erhöhen, weshalb angesichts neuer Herausforderungen auch der internationale Arbeitsmarkt keinen Ausweg bietet. Das Problem wird dadurch weiter verstärkt, dass erfolgreiches

Reagieren auf wissenschaftliche Herausforderungen immer stärker von interdisziplinären Teams in immer wieder neuen, nicht vorhersehbaren Zusammensetzungen abhängt. Forschungspolitisch ausschließlich auf Spezialisierung zu setzen, ist angesichts dieser Dynamik eine hochgradig riskante Entscheidung. Die zu lösenden Probleme werden zunehmend komplexer. Rechtzeitig ausreichend komplexe Antworten hierauf zu finden, ist davon abhängig, dass die bestehende Forschungslandschaft breit gefächert bleibt, dass multidisziplinäre Einrichtungen entsprechend erhalten und **interdisziplinäre Basiskompetenzen** gepflegt werden. Die Fähigkeit, mit komplexen interdisziplinären, sich schnell wandelnden Herausforderungen umzugehen, benötigt nachhaltige, stabile Strukturen, die breites Wissen, Flexibilität und Kreativität im Umgang mit Vielfalt fördern: Es benötigt Strukturen zur Sicherung von Kompetenzen, die durch die **Fortschritte KI-gesteuerter System** immer unverzichtbarer werden. Dichte, informelle Kontakte zwischen Forschenden verschiedener Disziplinen – komplexe Infrastrukturen – sind anerkannterweise das sicherste Erfolgsrezept für ziel- und zukunftsorientierte Innovationen. Wissenschaftshistorisch und -soziologisch ist diese „Dialektik von Innovation und Tradition“ – deren wechselseitige Abhängigkeit – gut erforscht und unumstritten. In der aktuellen Forschungs- und Innovationspolitik wird dieser Zusammenhang zurzeit jedoch nicht berücksichtigt. Wie schätzen Sie diese Problematik ein? Wie stehen Sie zu der von vielen Seiten geäußerten Empfehlung, den aktuellen **Rückbau komplexer Infrastrukturen zu begrenzen**? Für wie überzeugend halten Sie den Vorschlag, den derzeitigen Kurs der Spezialisierung und Schwerpunktbildung durch eine **komplementäre forschungs-, innovations- und hoch- schulpolitische Strategie** zu ergänzen?

*Einiges wurde bereits mittels anderer Antworten beantwortet. Interdisziplinäre und transdisziplinäre sowie transformative Basiskompetenzen angesichts steigender Komplexität sind in der Tat essenziell. Gleichzeitig kann die in der Breite angelegte öffentliche Universität nicht alles liefern und soll es auch nicht: Wir sehen für die „Volluniversitäten“ eine gute Chance im Bereich der (zu reformierenden) BA- Studien und im Spitzenforschungsbereich, dazwischen können z.B. eher angewandte und hochspezialisierte MA-, insbesondere auch MBAs und ähnliche Diplome auch anderswo erlangt werden. Wesentlich sind Konzepte wie Responsible Research & Innovation (RRI), wie Technik-, Innovations- und Begleitethik, die angesichts der Komplexität dringend gestärkt und ausgebaut werden müssten. Für all das benötigt es ein eigenes Ministerium für Wissenschaft und FTI, welches im Zusammenspiel mit anderen Ministerien – auf systematischere Weise als dies derzeit der Fall ist – auch die großen Fördergeber- und Agenturen des Landes bespielen soll.*

#### 4. Personalpolitik

---

- a) Was sollten aus Ihrer Sicht die wichtigsten **Leitprinzipien universitärer Personalpolitik** sein? Welche Ziele sind zu erreichen, welche Gefahren zu vermeiden?

*Autonomie, aber innerhalb eines Rahmens für alle: Echte Personalsteuerung und Personalentwicklungspläne, d.h. jährliche oder zweijährliche Leistungsüberprüfungen für ALLE MitarbeiterInnen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen und Zielen. Dazu Stärkung der Arbeitnehmer:innenrechte, Arbeitsplatzsicherheit und Chancengleichheit auf den Unis. Möglichkeiten für geordnete Entlassungen bei Nichterfüllung, umgekehrt großzügige, bezahlte Sabbatical-Regelungen für „high risk“-Ziele. Keine Post-doc- und Senior Scientist-Stellen ohne Tenure-Track-Möglichkeiten (mit wenigen begründeten Ausnahmen). So wenig Einzellehre wie möglich von Doktoratsstudierenden.*

*Komplettes Ende des Lehrstuhlprinzips, Kernfächer müssen von ProfessorInnen gelehrt werden, ohne Ausnahme, dazu breitgefächerte Verpflichtung für Mentoring und Beratung. Umgestaltung des Kurienprinzips. Deutliche Umpositionierung der Rektorate (Verbot, z.B. bei Berufungskommissionen dazwischenzufunken).*

- b) Die vor einigen Jahren eingeführte „Universitätsfinanzierung neu“ zieht zur Berechnung der zuzuweisen- den Budgetmittel einer öffentlichen Universität u.a. die Zahl ihrer Beschäftigten heran. Dieser Schritt ist nachvollziehbar. Er hat aber in den letzten Jahren eine **Dumpingpolitik im Personalbereich** und einen Wettbewerb zwischen den Universitäten um die niedrigsten Pro-Kopf-

Personalkosten ausgelöst. Denn eine relative Steigerung günstigen Personals führt in der Konkurrenz mit anderen Universitäten zu einem höheren Anteil am Gesamtbudget. Verbreitete, weil einfache Maßnahmen in diesem Wettlauf sind Strategien zur Verbilligung der Lehre, ein gesenkter durchschnittlicher Qualifikationsgrad der Mitarbeiter:innen in Forschung, Lehre und Betreuung, die Förderung von Disziplinen mit einem hohen Bedarf an Hilfswissenschaftler:innen sowie gesteigerte Befristungsquoten (stark beschränkte Anrechnung von Vordienstzeiten). All diese Maßnahmen wirken zweifelsohne qualitätsmindernd, was von den (unter Druck stehenden) Universitätsleitungen derzeit allerdings in Kauf genommen wird. Denn diese Qualitätseinbußen werden von den aktuell verwendeten Kennzahlen entweder nicht erfasst oder führen sogar zu einem positiven Ergebnis (z.B. beim Rankingindikator Betreuungsrelation). Wie stehen Sie zu diesem Dumpingwettbewerb im Bereich der Personalkosten? Werden Sie sich für eine Korrektur des ihm zugrundeliegenden Anreizsystems einsetzen?

*Siehe CCCA-Statement vom August anbei, welches wir vollinhaltlich unterstützen. Die wesentlichen Punkte wären:*

- *Ende der Prekarisierung von Forscher:innen in fortgesetzter oder wiederholter drittmittelgebundener Projektfinanzierung (Abhängigkeit mit Potenzial zur Erpressbarkeit, mangelnde Verstetigungs- und Aufstiegsperspektive, damit oft auch fehlende Planbarkeit von Familie, Altersabsicherung usw.) beenden.*
- *Kosten befristeter Anstellungsverhältnisse für Forschungseinrichtungen berücksichtigen (zeitintensives Anlernen neuer Wissenschaftler:innen durch Abgang eingearbeiteter Personen zu Projektabschluss).*
- *Zunehmender Verschiebung von wissenschaftlicher Lese- und Publikationsarbeit (durch den Druck zur Verbuchbarkeit jeder Arbeitsstunde) in den Bereich „privater Freizeitbeschäftigung“ Einhalt gebieten.*
- *Intrainstitutionellem Machtmissbrauch und Mobbing gegenüber weniger sichtbaren und prekär beschäftigten Wissenschaftler:innen vorbeugen.*
- *Exzessive Konkurrenz um Forschungsmittel und überhöhten Fokus auf den wissenschaftlichen Einzelerfolg beschränken und „Team Science“ unterstützen: bessere Qualität statt mehr Output.*
- *Demokratische und konsensorientierte Selbstverwaltung in Forschungseinrichtungen mit flachen Hierarchien (d.h. mit budgetärer Selbstverwaltung und Eigenverantwortung) fördern.*

c) Die Personalstruktur der öffentlichen Universitäten ist zurzeit durch ein starres, streng hierarchisches System geprägt, das Ansprüche auf Entscheidungsgewalt, Mitsprache und Rechte auf Einsichtnahme und Transparenzpflichten regelt. Einmal angeworben, gibt es für neue Beschäftigte keine Aufstiegsmöglichkeiten: Gehalt und Entwicklungsmöglichkeiten sind leistungsunabhängig und beinhalten keine Anreizsysteme für gesteigertes Engagement. Eine weitgehende Undurchlässigkeit prägt auch die Beziehung zwischen den einzelnen „Verwendungsgruppen“ (Forschung, Lehre, Administration, Drittmittel usw.). Aktuell wird die **Abschaffung dieses so genannten „Kuriensystems“** zugunsten international gängiger und erprobter Wege moderner und zeitgemäßer Personalpolitik diskutiert, so u.a. die Einführung eines Department- oder Facultymodells. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

*Ganz, ganz klares Bekenntnis zur längst notwendigen Abkehr vom Lehrstuhlprinzip und dafür hin zum Department bzw. Facultymodell, OHNE aber der übergeordneten Admin-Ebene zu viel Macht einzuräumen (daher müssen Kurien in reformierter Form erhalten bleiben!).*

d) Verbunden mit dieser starren und steil-hierarchischen Personalstruktur der öffentlichen Universitäten ist die Beschränkung auf einen einzigen Karriereweg: Im wissenschaftlichen Bereich existiert nur das Karriereziel einer Voll-Professur (zurzeit ca. 5-7% aller Stellen). Alle anderen Stellen sind befristet und verpflichtet zu dauerhafter „Mobilität“, d.h. zum kontinuierlichen Wechsel der Forschungsstätte. Der Wechsel von der meist hochspezialisierten Drittmittelforschung in den universitären ‚Normalbetrieb‘ ist

für erfahrene Wissenschaftler:innen – vor allem an der eigenen Institution und im eigenen Land – nahezu unmöglich. Im Normalbetrieb ist wiederum die Verschiebung von Schwerpunkten zwischen den Bereichen Forschung, Lehre und Administration oder deren flexible Gewichtung in verschiedenen Karrierephasen nicht vorgesehen. Auch international wird deshalb von vielen Seiten eine **Diversifizierung der Karrieremöglichkeiten** gefordert, die u.a. auch die Mobilität zwischen dem akademischen Sektor und anderen Berufsfeldern erleichtert. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

*Ja, ganz essenziell ist es, die Diversifizierung der Karrieremöglichkeiten im Rahmen von Department- Modellen und laufenden Leistungsevaluierungen zu erreichen.*

- e) Angesichts des hohen Prozentsatzes befristeter Beschäftigter an den öffentlichen Universitäten (knapp 80%) kündigte der derzeitige Bundesminister an, dieser Fehlentwicklung durch die Einführung einer Obergrenze (**Befristungshöchstquote**) entgegenzutreten. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben und dessen Zielsetzung?

*Abgesehen davon, dass dies die Universitäten in aller Autonomie selbst zu lösen haben und eher Zielvorgaben für zu erbringende Leistungen als Steuerung relevant wären: Das wäre nur eine weitere Patchwork-Lösung, die sich politisch vermutlich leichter verkaufen ließe, sie würde aber an den falschen Strukturen und Rahmenbedingungen sowie am Problem fehlender, relevanter Forschungsförderungen wenig ändern. Also dagegen.*

- f) Die 2021 erfolgte Novelle des Universitätsgesetzes führte eine **zeitliche Obergrenze von 8 Jahren für die Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverträge** ein. Die Hoffnung auf eine Steigerung des Prozentsatzes unbefristeter Verträge hat sich bislang nicht erfüllt. Belegbar ist stattdessen ein Braindrain ins Ausland, ein sich drastisch verringeres Interesse hochqualifizierter Personen, an Universitäten (weiter) zu arbeiten. Dementsprechende Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre sind inzwischen gut dokumentiert.<sup>5</sup> Aus diesem Grund wird zurzeit diskutiert, ob man die 8-Jahres-Obergrenze – insbesondere für das Dritt- mittelpersonal – wieder abschaffen sollte. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

*Ja, die katastrophalen Auswirkungen sind gut bekannt und belegt. DAHER: Ganz klar und so rasch wie möglich abschaffen – auch rechtlich im völligen Widerspruch zur universitären Autonomie.*

## 5. Finanzierung

---

- a) Österreichs öffentliche Universitäten werden teils durch staatliche Direktfinanzierung (Basisfinanzierung), teils durch befristete „Drittmittel“ (eingeworbene externe Mittel) finanziert. Letztere sind zum stark über- wiegenden Teil wiederum öffentlichen Ursprungs. Mitbedingt durch die zentrale Bedeutung der Drittmittelinwerbung für Rankingplatzierungen fand in den letzten Jahrzehnten eine kontinuierliche, starke **Erhöhung der staatlichen Drittmittelförderung auf Kosten der Basisfinanzierung** statt. Allerdings hat die Vergrößerung des Drittmittelsektors auch in Österreich den kritischen Punkt bereits überschritten: Studien belegen, dass die Innovativität, Qualität und Produktivität der (immer befristeten) Drittmittelforschung inzwischen konstant sinken. Auch das Reviewsystem ist in einem Maß überlastet, dass qualitative Mindeststandards kompetitiver Mittelvergabe nicht mehr eingehalten werden können: Die Qualität der Begutachtung wird gesenkt, der Wettbewerb zwischen Einreichenden reduziert. Österreichs staatliches Drittmittelsystem wird damit zunehmend zu einer verkappten Direktfinanzierung, bei der **Aufwand und Nutzen in einem „Missverhältnis“** (Österr. Wissenschaftsrat) stehen und die Auflagen zur effizienten Verwendung

---

<sup>5</sup> Vgl. Julia Partheymüller, Petra Dannecker: *Zur Beschäftigungssituation im Mittelbau an der Universität Wien*, Wien 2024 ([Link](#)).

öffentlicher Gelder nicht mehr eingehalten werden können. Zurzeit ist eine weitere Aufstockung der staatlichen Drittmittel geplant. Wie stehen Sie zu diesem Vorhaben?

*Wir teilen die Sorgen rundweg und schlagen deshalb eine größere und generelle Reform der Forschungs- und Unifinanzierung vor, welche hier in den Antworten – insbesondere in der nächsten – vermittelt wird.*

- b) Welche Relation zwischen Basis- und Drittmittelfinanzierung der öffentlichen Universitäten erachten Sie als zielführend? Besteht hier Ihres Erachtens Änderungsbedarf?

*Absolut. Die Universitäten müssten in erster Linie selbst transparente Forschungs-Budgetmittel (Fonds) bekommen, welche die Lehrenden innerhalb ihrer Institution kompetitiv einwerben, zusätzlich zu Geldern, die aus dem Privatsektor und Spenden, Philanthropie und NGOs etc. eingeworben werden können und sollen. Darüber hinaus braucht es – autonom gestaltete – Synergietöpfe über zwei oder mehrere Universitäten (und andere Hochschulen) bzw. auch über die extra-universitäre Forschung hinaus. Drittmittel des FWF, ÖAW, etc. sowie internationale Förderungen sollten „nur“ abdecken, was eigene Mittel nicht können. Ganz besonders sollte ein Fokus auf der Stärkung der Teilhabe öffentlicher Universitäten an Säule II von Horizon Europe (bzw. dann dem FP10) sowie anderen FTI-European Innovation Funds und der International Cooperation in dem Rahmen liegen, das würde ein gewaltiges Finanzierungsproblem lösen.*

- c) Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Bereich der staatlichen Drittmittelförderung zu einer akzeptablen **Kosten-Nutzen-Relation** zurückzukehren? Welche Wege sehen Sie, um die Effizienz des überforderten, hypertrophen Systems wiederherzustellen?

*Das zu bestimmen und festzulegen bzw. entsprechende Schritte umzusetzen, wäre die erste, aber längst überfällige Aufgabe von ÖAW, OEAD, FWIT, FFG, FWF und anderen im Zusammenspiel. Warum passiert da nichts?*

- d) Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen ernstzunehmenden, **funktionierenden und transparenten Wettbewerb**, der institutionelle Vorabsprache ausschließt, im Bereich der staatlichen Drittmittelvergabe wiederherzustellen?

*Auf den Unis: andere Personalpolitik, siehe oben, und Ende der Kettenvertragsregeln sowie Ende des Lehrstuhlprinzips. Innerhalb der Forschungsförderungspolitik – wer diese je von innen erlebt hat, weiß Bescheid: DRINGENDE Änderung der Arbeitsweise in den interministeriellen Arbeitsgruppen, klare Verantwortlichkeit beim zu schaffenden Forschungs- und Wissenschaftsministerium, mit unabhängigen, laufenden Evaluierungen (Projekträger-Rotation wie in Deutschland dafür).*

*Klare Stärkung von Plattformen wie fteval und des FTI-Berichts bzw. der parlamentarischen Arbeit damit. Dringende (!) Reform der FFG, weg von (mehr oder weniger) versteckter Privatsektorförderung hin zu transformativer Forschungsförderung via (insbesondere öffentliche) Unis. Dringende Aufwertung des FWF und Reform hin zu einer nationalen Stelle analog zum Schweizerischen Nationalfonds (SNF/FNS).*

## 6. Internationalisierung

---

- a) Der Internationalisierung der öffentlichen Universitäten wird von der aktuellen Politik sehr hohe Bedeutung zugemessen. Was verstehen Sie unter „Internationalisierung“? Auf welche Bereiche sollte sie sich beziehen? Nach welchen **Kriterien** sollte „**Internationalität**“ (wenn überhaupt) gemessen werden: nach internationalen Kooperationen, Netzwerken, Publikationen, Lehr- und Forschungsinhalten oder Forschungsaufenthalten, nach der Unterrichtssprache, nach internationalem Personal oder der Studierendenmobilität?

*Internationalisierung darf keinesfalls bedeuten, wissenschaftliches W3-Personal aus Deutschland „abzuwerben“, wie es derzeit etwa an der Uni Wien gehandhabt wird. Internationalisierung bemisst sich primär in Teilnahmen in internationalen Forschungsgruppen und Gremien, in Publikationen, in Studierendenzahlen, der Anzahl wirklich „gelebter“ Forschungsabkommen mit Universitäten anderer Länder, aber auch in der Errichtung eigener Forschungs- und/oder Lehrstationen im Ausland. Ebenso in EZA-relevanten Aktivitäten und Austausch. Auch*

*internationale Kompetenzfelder sind hier relevant, also etwa im Sinne der Area Studies, inkl. entsprechender Unterrichtssprachen.*

- b) In Österreich wird die Internationalität eines Projekts oder einer Institution zurzeit über **Incoming-Outgoing-Statistiken** definiert: Bei Wissenschaftler:innen zählt das (direkt) aus dem Ausland neu angeworbene Personal (Incoming), bei Studierenden werden – wie beim Erasmus-Programm – Incoming- und Outgoing-Zahlen herangezogen. Andere Faktoren werden nicht berücksichtigt. Die österreichische Strategie der Hochschulinternationalisierung ist auf dieses Verständnis von „Internationalität“, das sich mit der entsprechenden Kennzahl in den Universitätenrankings deckt, exakt abgestimmt. Wie stehen Sie zu diesem Weg der Internationalisierung und seinen Zielsetzungen? Sehen Sie Veränderungsbedarf? Wenn ja, in welcher Hinsicht?

*Ganz starker und dringender Veränderungsbedarf, analog zur Antwort zur vorhergehenden Frage.*

- c) In den aktuellen Hochschulplänen (bis 2030 bzw. 2050) wird den Universitäten eine klar bezifferte Steigerung der Auslandsanwerbungsquote im Bereich des wissenschaftlichen Personals vorgegeben. Allerdings kommen die besten Bewerber:innen nicht zwingend aus dem Ausland. Dies führt an einigen ranking- orientierten Universitäten zu einer systematischen **Ungleichbehandlung inländischer und ausländischer Bewerber:innen** und zur Verletzung des Ausschreibungsgesetzes und des Diskriminierungsverbots. Welche Lösung schlagen Sie für diesen Zielkonflikt zwischen optimierter Rankingplatzierung und rechtskonformen Verfahren vor?

*Diese Diagnose ist korrekt. Ausschließlich Kenntnisse, internationale Vernetzung sowie erbrachte bzw. erwartbare Leistung und institutionelles „Dazupassen“ der BewerberInnen sollte relevant sein; Herkunft irrelevant.*

- d) Sind Sie der Ansicht, dass die Ungleichbehandlung inländischer Bewerber:innen in Personalauswahlprozessen der letzten Jahre **gegebenenfalls aufzuarbeiten** ist? Wenn ja, wie ist hier Ihres Erachtens vorzugehen?

*Klares JA dazu, wie genau, da sind wir aber derzeit überfragt, können aber hierzu im Rahmen unserer restlichen Antworten ein paar Grundlagen ableiten: autonom, qualitätsgesichert, zielgerichtet, partizipativ.*

- e) In mehreren europäischen Ländern werden die Bemühungen um maximale Hochschul-Internationalisierung wieder reduziert, da sich die hiermit verknüpften Hoffnungen (gestärkter Arbeitsmarkt, verbesserte Forschung und Lehre, Diversifizierung der Leistungen) kaum erfüllt haben. Stattdessen wurden hierdurch – auch in Österreich – grobe **Fehlentwicklungen** ausgelöst. Denn die internationalen Studierenden ziehen nach Studienabschluss mehrheitlich weiter, der talentierteste österreichische Nachwuchs wandert hingegen ab, ohne zurückzukehren. Ebenso folgenreich sind das Schwinden österreichbezogener Forschung und Expertise und ein geringes Interesse des internationalen (Führungs-) Personals an österreichischer Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit (hohe Fluktuation, Sprachbarrieren, Elfenbeinturm-Mentalität). Lokal und national bedeutende Wissenstraditionen und Forschungszweige reißen ab (z.B. österreichische Forschungs-, Innovations- und Technologiesgeschichte, österr. Arbeiterbewegung, österr. Volksmusik, Wiener Schule der Nationalökonomie, österreichbezogene Kunst- und Theaterwissenschaft usw.) und führen zu einer sinkenden Sichtbarkeit Österreichs in der internationalen Forschung und Öffentlichkeit. Sogar zu den weltweiten gefeierten Errungenschaften der Wiener Moderne in Kunst (Klimt, Schiele, Kokoschka) und Wissenschaft (Popper, Gödel, Schrödinger) gibt es – einschließlich der bemerkenswerten Geschichte der MINT-Fächer in Österreich – an hiesigen Universitäten keine Forscher:innen mehr. Auch andere, bisher als selbstverständlich erachtete Leistungen der öffentlichen Universitäten fallen zunehmend aus. Schwerwiegend ist dies insbesondere hinsichtlich der Leistungen der öffentlichen Universitäten

zugunsten des sozialen Zusammenhalts, der kollektiven Identität, in den Bereichen der Politikberatung und der Wahrnehmung von Aufgaben in der medialen Öffentlichkeit. Wie stehen Sie zu diesen Folgen des österreichischen Wegs der Hochschulinternationalisierung? Sehen Sie Veränderungsbedarf? Wenn ja, was schlagen Sie vor?

*Prinzipiell: Lokale Wissenstraditionen sind natürlich relevant und müssen bearbeitet werden, dies gelingt womöglich besonders gut im Rahmen lokaler bzw. regional relevanter öffentlicher Institutionen, diese müssen aber nicht zwingend öffentliche Universitäten sein, ja, nicht einmal notwendigerweise Hochschulen, gleichwohl dieses Wissen dort ankommen muss und ebenso in (Aus)bildung und sozialen Zusammenhalt einzufließen hat. Diese Tendenz mag es geben, aber es fehlen uns letztlich robuste Daten, um diese Behauptungen zu belegen oder zu widerlegen. Was übrigens ein Fehlen an brauchbaren Indikatoren zur Forschungsförderungsvergabe in Ö beweist. Aus Jahren an wissenschaftlicher Praxis stellt sich die Situation jedoch gefühlt eher nicht so dar, sondern im Gegenteil: Es erscheint vielmehr, als wären Forschungsvorhaben mit Österreichbezug bei der finalen (institutionellen) Drittmittel-Vergabe tendenziell bevorzugt – während es, und das bereitet uns (wenn denn nachweisbar der Fall) eher Sorgen, sehr schwierig bis unmöglich ist, österreichische Forschung über Themen ohne Österreich oder EU-Bezug (z.B. im globalen Süden) oder auch kritische Studien am österreichischen Wissenschaftsbetrieb gefördert zu bekommen. Was daran liegt, dass die österreichische Forschung niemals „de- bzw. entkolonialisiert“ wurde und ziemlich selbstreferenziell ist, wenn überhaupt nur auf den deutschen Tellerrand und gelegentlich UK- oder US-Teller blickt. Vielmehr ist da, mit wenigen Ausnahmen, nicht, und es wurde in den letzten 20 Jahren auch stets weniger.*

*Für uns wären also Veränderungen sehr wichtig und es gibt Themen, wo die Einrichtung öffentlicher universitärer und interdisziplinärer Observatorien oder Kompetenzstellen für uns ganz wichtig wäre: z.B. zur Frage des Wasser-, Land- und Waldbesitzes in Österreich und seiner gerecht(er)en Verteilung, zur Einkommensverteilung, zur Situation des Gesundheitssektors bzw. sozio-ökologischen Vulnerabilität der Bevölkerung und zur längst überfälligen Umsetzung der WSK-Menschenrechte, einschließlich der Behindertenrechte, oder natürlich des (noch immer fehlenden) Klimaschutzgesetzes.*

- f) In einigen Ländern wird aufgrund dieser Fehlentwicklungen bereits mit expliziten oder impliziten Mindest- oder Höchstquoten gearbeitet, die mit der Regelung des Zugangs zum österreichischen Medizinstudium vergleichbar sind. Wie stehen Sie zur Einführung dementsprechender Quoten?

*Falls es hier um Zugangsquoten zu Studienrichtungen geht: Wir stehen für einen offenen und prinzipiell kostenlosen Studienzugang sowie für die Möglichkeit, Studienrichtungen auch mehrfach (eventuell bis zu einer bestimmten Höchstgrenze) wechseln zu können. Dennoch sehen wir die Situation etwas differenzierter: Während alle BA-Studien frei und kostenlos zugänglich sein sollten, könnte das bei einigen, tatsächlich kostenintensiven MA-Studien und insb. PhD-Studien durchaus anders gelöst werden. Österreich sollte schon eine Art nationale Steuerung haben, was die zu erwartende Anzahl an PhD-Abschlüssen in den nächsten Jahren betrifft.*

## **7. Autonomie und Management, Partizipation und Kontrolle**

---

- a) Mit dem Universitätsgesetz von 2002 (UG 2002) wurden die öffentlichen Universitäten aus der staatlichen Hoheitsverwaltung in die Selbstverwaltung entlassen. Wie beurteilen Sie die **Entwicklung der Universitätsautonomie** der letzten 20 Jahre? Was ist gelungen und sollte gegebenenfalls verstärkt werden? Wo sehen Sie Defizite und Veränderungsbedarf?

*Es gibt bislang KEINE echte Universitätsautonomie, sondern eine kuratierte, politisierte und letztlich beaufsichtigte. Die Universitätsräte sind abzuschaffen, die Rektorate und ihr Einfluss ebenso zurückzudrängen wie jener des Privatsektors und seines Managements, und zwar zugunsten des Faculty oder Departmentmodells, mit rotierenden Vorständen. Die Rolle des neu zu schaffenden Hochschul-, R&I- und Forschungsministeriums muss ebenfalls eine primär administrative, servicerende, auf Basis von laufend zu erhebenden empirischen Fakten sein. Aufsicht – also z.B. die Qualitätschecks der Uni- und Bildungsprogramme – müsste an eine eigens geschaffene, in der Tat unabhängig bestellte, Agentur ausgelagert werden. Mitarbeit darin, als institutionelle/r Peer-ReviewerIn etwa, müsste unter dem besten Personal rotieren; diese Arbeit müsste auch im Rahmen der Leistungserbringung und*

*Evaluierung einerseits relevant sein, andererseits zu Lehrreduktion bzw. Verminderung der Forschungserwartungen führen. Neu geschaffene Spitzenprofessuren sollten zur Mitarbeit in einem solchen Gremium vertraglich verpflichtet sein, wie es in anderen Ländern auch der Fall ist. Mit anderen Worten: klar für alternative Anerkennungsmodelle für kollektive Leistungen.*

- 
- b) Seit der Einführung der Universitätsautonomie gehört auch die Gestaltung der Verträge mit Verlagen zugunsten der Universitätsbibliotheken in den Bereich privatrechtlichen Agierens. Zum Problem ist hier geworden, dass die großen Anbieter **digitaler Ressourcen** (Fachzeitschriften, Lehrbücher usw.) gewinnorientiert arbeiten und den einzelnen Universitäten aufgrund ihrer Verhandlungsübermacht die von ihnen erwünschten Bedingungen diktieren können. Diese Asymmetrie hat dazu geführt, dass die Verlage die Forderung durchsetzen konnten, dass nur Universitätsmitarbeiter:innen und aktiv Studierende Zugriff auf die digitalen Quellen haben. Für alle anderen – Lehrer:innen, Journalist:innen, Politiker:innen, die außer- universitäre Forschung sowie die interessierte Öffentlichkeit – sind die „E-Ressourcen“ der Universitätsbibliotheken nicht zugänglich. Im besten Falle gelangen sie bei der Recherche an eine Paywall, aber auch dies ist nicht immer der Fall. Printversionen werden immer seltener angekauft. Dies bedeutet, dass die **österreichische Öffentlichkeit** den digitalen Wissensbestand der Universitätsbibliotheken zwar finanziert, hierzu aber – im Gegensatz zur Regelung im Printbereich – **keinen Zugang** hat. Der Versuch, gegenüber den großen Verlagen auf nationaler Ebene zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen, ist gescheitert und in Vergessenheit geraten. Erachten Sie dies als Problem? Wenn ja, für welchen Lösungsweg plädieren Sie?

*Ja, ist ein großes und zentrales Problem – wir sind für den Aufbau nationaler und europäischer Datenbanken bzw. die Digitalisierung von Bibliotheken, die frei öffentlich zugänglich sind.*

*Forschungsförderung muss auf allen Ebenen tatsächlich zu mindestens GREEN, idealerweise hin zu DIAMOND Open Access und Open Science verpflichten.*

- c) Im Gegensatz zu anderen, in denselben Jahren erfolgten Ausgliederungen konnte im Bereich der öffentlichen Universitäten aufgrund ihrer komplexen, gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auf **keine erprobten Führungs- und Managementmodelle** zurückgegriffen werden. Zurzeit dominieren die (in der Privatwirtschaft inzwischen unüblichen) Modelle des Total Quality Management sowie des Metric Management. Beide führen in der Umsetzung zu fordistischen Tendenzen, die sich zwar im Einzelfall in den Rankings kurzfristig positiv niederschlagen können. Zukunftsorientierte, nachhaltige, politisch verantwortbare Wissensarbeit in Forschung und Lehre muss allerdings anders organisiert werden als Fließbandarbeit. Eine Verengung des Blickwinkels, eine Zerteilung des Arbeitsablaufs zugunsten einer höchstmöglichen Spezialisierung, eine Überwachung und Messung aller Handgriffe zugunsten einer maximalen Homogenisierung des Outputs – dies ist jedoch ein **ungeeignetes Rezept für zukunftstaugliche Forschungs-, Bildungs- und Innovationssysteme**. Wie schätzen Sie die Notwendigkeit einer Modernisierung des Managements der öffentlichen Universitäten ein? Welches Vorgehen schlagen Sie für die Suche nach geeigneten, zeitgemäßen Managementmodellen vor?

*Ganz zentral und wichtig ist die Notwendigkeit der Modernisierung und Entprekariisierung des Managements, insbesondere auf Instituts- und Fakultätsebene. Universitäten sollten prinzipiell schon so selbstverwaltet wie möglich bleiben und in erster Linie nichts anderem als den Studierenden (!), der breiten Bildung und der bestmöglichen Ausbildung, nicht den Forschenden dienen. Jegliches andere Selbstverständnis ist fehl am Platz. Niemand ist letztlich bedeutender als seine Fakultät oder Department, die disziplinspezifisch bzw. unterschiedlich je nach Wissenschaftsrichtung auch laufend nach progressiven Kriterien evaluiert und auf dieser Basis finanziell und ressourcentechnisch angepasst werden sollten. Über die Qualität der Evaluierungen und ihrer Durchführungen muss eine unabhängige (!) Stelle bzw. ein unabhängiges Gremium wachen, mit rotierendem Personal; dadurch*

würde der gesamte österreichische akademische Wissenschaftsraum über best practices lernen und könnte eine höhere Kohärenz und Abstimmung betreffend der angebotenen Leistungen erreicht werden.

- d) Die im Winter 2023 beschlossene neue *Europäische Charta für Forschende* fordert die Anerkennung des Umstands, dass die Wissenschaftler:innen die wichtigste Ressource von Forschungsinstitutionen sind. Hiermit verbunden wurden Studien, Aktionspläne und Empfehlungen für eine **politische Kehrtwende mit dem Ziel „to attract and retain the best talents“** für die europäische Forschungs- und Hochschullandschaft. Die zentralen Empfehlungen lauten: 1) Aufwertung der Mitarbeiter:innen, ihres Wissens, ihres Könnens und ihrer Potenziale, 2) nachhaltige Verbesserung ihrer von Prekarität, zynischen Anreizsystemen und steigendem Existenzdruck gekennzeichneten Arbeitsbedingungen (Prekarisierung, Metrifizierung) sowie 3) attraktivere Karriereoptionen (Diversifizierung nachhaltiger Karrierewege). Alle drei Handlungsfelder überschneiden sich mit dem von der OECD eingemahnten Kurswechsel im Hinblick auf die Freiheit von Lehre und Forschung: Diese sei, Analysen zufolge, „bedenklich rückläufig“ und sollte zugunsten der Qualität und Innovativität des Forschungsraums durch aktive Maßnahmen wieder gestärkt werden. Sind diese Empfehlungen Ihres Erachtens ernstzunehmen? Sind die damit verknüpften Policy-Ratschläge auch in Österreich aufzugreifen und umzusetzen? Wenn ja, wann und in welchem Ausmaß sollte dies stattfinden?

*Nein, die wichtigste Ressource jeder Forschungsinstitution sind nicht (!) die WissenschaftlerInnen, sondern der wissenschaftliche Nachwuchs, der diese stets herausfordert – jede andere Auffassung stünde konträr zum zu Recht etablierten Verständnis des Wissenschaftsfortschritts; insofern stimmen wir dem nur bedingt zu. ABER: Wir stehen völlig hinter den Forderungen und Lösungswegen, die das CCCA in seinem Statement von August 2024 skizziert und sich weitgehend mit diesen Policy-Vorschlägen decken. UND: Für uns ist die Freiheit von Lehre und Forschung das höchste Gut überhaupt, welches es zu bewahren gilt.*

- e) Mit der Einführung der Universitätsautonomie wurden die Mitbestimmungs-, Einsichts- und Kontrollrechte der Mitarbeitenden und Studierenden zugunsten schmalere, hierarchisch strukturierter Führungsebenen weitgehend aufgehoben. Zugleich standen keine erprobten Governance- und Kontrollinstrumente zur Verfügung, um der Politik – trotz staatlicher Finanzierung – ausreichend Einsichts-, Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten bei Fehlentwicklungen zu gewähren. **Zurzeit wird diese Form der Universitätsautonomie wieder schrittweise reduziert**, da auch hier Kennzahlensysteme und Statistiken bei wichtigen Fragen – insbesondere bezüglich der politischen Verantwortung bei Missständen – nicht ausreichen. Gestärkt wird dieser Trend durch ein wachsendes Interesse an der (partei-)politischen Beeinflussung der Besetzung von Führungspositionen. Wie sehen Sie diese Entwicklung? Wurde Ihres Erachtens ausreichend nach **Alternativen zur Wiedereinschränkung der Universitätsautonomie** gesucht? Sehen Sie solche Alternativen?

*Nein, wurde nicht. Und ja, wir stehen diesem Trend sehr, sehr kritisch gegenüber. Die Erlangung der Universitätsautonomie – auch in der Verteilung und Verwaltung von Forschungsbudgets und Immobilienfragen unter generellen gesetzlichen Vorgaben, Zielen und unabhängigen Evaluierungen – ist uns sehr wichtig.*

- f) Angesichts der seines Erachtens ungelösten Governance- und Kontrollprobleme der öffentlichen Universitäten (Schwachstellen bei Leistungsvereinbarungen, Audit-System, Datenbasis für Rechnungshofkontrolle usw.) empfahl der Österr. Wissenschaftsrat den Rückgriff auf ein lange erprobtes, bewährtes und kostengünstiges Kontrollinstrument: Er plädierte für die erneute **Stärkung der Mitsprache- und Einsichtsrechte aller Mitarbeiter:innen**. Erinnerungswürdig ist bei diesem Vorschlag, dass die Einführung der Universitätsautonomie (2002) auf der Annahme basierte, dass Wissenschaftler:innen ‚ihre‘ Institution besser managen als die Politik oder andere Außenstehende (z.B. Manager:innen aus fremden ‚Branchen‘). Dies wurde mit drei Argumenten begründet: Wissenschaftler:innen weisen bezüglich der Eigenheiten des Universitäts- und Wissenschaftssystems eine höhere Expertise auf und können Qualität besser und schneller einschätzen; sie sind durch eine

vergleichsweise überaus hohe intrinsische Motivation gekennzeichnet; sie sind von guten oder schlechten Managemententscheidungen direkt betroffen und haben ein entsprechend hohes Eigeninteresse an einem international konkurrenzfähigen, bestmöglichen Arbeitsumfeld. Vor dem Hintergrund dieser Argumente nimmt die aktuell diskutierte Frage nach einem Mehr oder Weniger universitärer Autonomie eine andere Gestalt an. Denn zur Diskussion stehen nicht nur die Optionen der Stärkung oder Schwächung der Autonomie. Vielmehr bringt der Vorschlag des Österreichischen Wissenschaftsrates auch die Frage ins Spiel, *wem* die – wie auch immer definierte – Autonomie zu gewähren ist. Um *wessen* Autonomie geht es? Die ÖWR-Empfehlung zur Stärkung der inneruniversitären Partizipation und Teilhabe macht damit eine Handlungsoption sichtbar, die bislang übersehen wurde. Sie zeigt auf, dass die Autonomie öffentlicher Universitäten nicht zwingend mit dem Modell autonomer Rektorate gleichgesetzt werden muss. Zur aktuellen Tendenz der Einschränkung der 2002 gewährten Autonomie zugunsten verstärkter politischer Eingriffsrechte gibt es folglich eine Alternative, die es zu erproben gälte. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag des Wissenschaftsrats? Wie stehen Sie zu der darin enthaltenen Empfehlung, das **Konzept der Universitätsautonomie neu zu denken** und dementsprechend **weiterzuentwickeln**?

*Diese Vorschläge weisen prinzipiell in die korrekte und von uns unterstützte Richtung, insbesondere was ein breiteres Autonomieverständnis und seine Rechtfertigung betrifft. Sie benötigen aber darüber hinaus, um tatsächlich zu greifen, gleichzeitig jene wesentlichen strukturellen Änderungen, die wir hier mehrfach skizziert haben. Jedenfalls darf die öffentliche Mission der Universitäten nicht untergraben werden, und wir sind gegen jegliche Kommerzialisierung von Bildung und Forschung, die den freien und gleichen Zugang für alle gefährdet.*

## **8. Vorhaben in Regierungsverhandlungen und Legislaturperiode**

---

- a) Welchen Stellenwert weisen Sie der Forschungs-, Innovations-, Universitäts- und Bildungspolitik im Programm Ihrer Partei/ Bewegung/ Liste zu?

*Wir arbeiten daran, dass die FIUB in unserer Partei einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Ein entsprechendes Positionspapier ist in Erstellung, gerne würden wir auch parteilich an den Unis auf allen Ebenen präsenter sein und besser organisiert werden.*

- b) Wie wichtig sind Ihnen die oben skizzierten Probleme und Potenziale der öffentlichen Universitäten, die – im Gegensatz zu anderen Hochschultypen – an der Schnittstelle des Forschungs- und Bildungssystems angesiedelt sind und dem Allgemeinwohl, der Öffentlichkeit und in diesem Sinne auch einer bestmöglichen österreichischen Politik verpflichtet sind?

*Da wir als WANDEL/KEINE als einzige Partei eine langfristige transformative und umfassende Vision für Österreich anbieten, sind uns die öffentlichen Universitäten extrem wichtig. Gleichwohl vertreten wir nicht ungeteilt die Auffassung, dass die von Ihnen skizzierte Einzigartigkeit an der Schnittstelle exklusiv den öffentlichen Universitäten – und keinen anderen Hochschultypen – zufällt, aber auch nicht zufallen sollte.*

- c) Gibt es Punkte, die Ihnen wichtig sind, zuvor noch nicht genannt wurden und zu denen Sie Stellung beziehen möchten?

*Diese Umfrage ist insgesamt viel zu lang und detailreich, teilweise kommt sie auch voreingenommen und nicht aus halbwegs neutralen Fragepositionen herüber. Die daraus ableitbaren Positionen für einen Parteienvergleich – zumal sie eventuell gewichtet oder quantifiziert werden sollten – sind daher a priori wenig bis kaum einsehbar. Wir ersuchen daher um die Übermittlung ihrer Analyse für eine erneute Durchsicht vor Weitergabe oder Veröffentlichung.*

- d) Welche Punkte würden Sie gegebenenfalls in Regierungs- bzw. Koalitionsverhandlungen als Ihre wichtigsten Anliegen einbringen?

*Katalog der CCCA-Forderungen, dazu:*

- *Ende des Lehrstuhlprinzips,*
- *Ende der Kettenvertragsregel,*
- *umfassende Reform des UG seit 2002,*
- *Stärkung und Ausbau der Autonomie und der öffentlichen Aufgaben für öffentliche Universitäten gemäß eines weit breiteren, partizipativen Autonomieverständnisses bei gleichzeitiger Qualitätskontrolle und dem generellen Ziel der Qualitätssteigerung, insbesondere im transdisziplinären und transformativen Bereich.*
- *Ende und radikaler Umbau der Privatsektorsubventionen mittels Forschungsförderungen via FFG; Mittel sollten an die öffentlichen Universitäten und Hochschulen möglichst selbstverwaltet gehen.*
- *Neuordnung der Internationalisierungsziele*
- *Massive Verbesserung der finanziellen Mittel- und Personalsituation.*
- *Einführung eines komplett anderen Finanzierungs- und Evaluierungsrahmens auf der Basis von umfassenden, nicht nur quantitativen, Leistungsbeurteilungen.*
- *Effizienzeinsparungen durch Vermeidung von institutionellen Doppelgleisigkeiten*

e) Wie stehen Sie zur aktuellen Aufteilung der Agenden zwischen den Ministerien? Sind Sie für deren Beibehaltung? Oder plädieren Sie für eine Veränderung?

*Veränderung: Hochschulwesen plus FTI und R&D brauchen ein eigenes Ministerium. Dazu ein zu schaffendes, rein meritokratisches und unabhängiges Gremium für die Qualitätssicherung und Forschungs- bzw. Hochschulintegrität.*

f) Wie sehr sind Sie an der konkreten Mitgestaltung der Forschungs-, Innovations-, Hochschul- und Bildungspolitik interessiert? Sind Sie an der Übernahme der Verantwortung einer der Agenden des (jetzigen) BMBWF oder (jetzigen) BMK interessiert?

*Ja, jedenfalls.*

## Rolle der Wissenschaft<sup>1</sup> in der Gesellschaft

### Stellungnahme des Klimaforschungsnetzwerk Climate Change Centre Austria (CCCA)

Veröffentlichung per Umlaufbeschluss der CCCA Mitglieder am 02.08.2024

Gegenwartsdiagnosen führen zunehmend zu Ernüchterung: 50 Jahre Warnungen von Seiten der Wissenschaft vor den Folgen eines materiellen Wachstumsparadigmas und 30 Jahre wissenschaftliche sowie politische Auseinandersetzung mit nachhaltiger Entwicklung haben die Welt einer globalen Lösung der damit zusammenhängenden großen Herausforderungen nicht nähergebracht.

Das ist erklärungsbedürftig. Umfangreiche Forschungsprogramme zu nachhaltiger Entwicklung und der Transformation zu Klimaneutralität wurden durchgeführt, und es gibt ein hohes Maß an wissenschaftlich gesichertem Wissen.

Zugleich wird schwindendes Vertrauen in die Wissenschaft beklagt.

Das CCCA reagiert auf diese Situation, indem es versucht, die folgenden vier Fragen zu beantworten. Die Antworten sollen dazu beitragen, dem Handeln dieses Netzwerks von Wissenschaftler:innen und wissenschaftlichen Einrichtungen Orientierung zu geben.

- (1) Wie ist die Rolle/Verantwortung von Wissenschaftler:innen und Wissenschaft angesichts heutiger, großer gesellschaftlicher Herausforderungen zu verstehen?
- (2) Wie muss Wissenschaft sich weiterentwickeln oder verändern, um sich das Vertrauen der Gesellschaft (wieder) zu verdienen?
- (3) Was muss sich ändern, damit Wissenschaftler:innen diesem Verständnis von Wissenschaft entsprechen können?
- (4) Wie will das CCCA im Sinne der Förderung transdisziplinärer Forschung und als Akteur:in der gesellschaftlichen Transformation zu Klimaneutralität tätig werden?

Mit der Beantwortung dieser Fragen will das CCCA dazu beitragen, die Rolle und das Selbstverständnis von Wissenschaftler:innen als Wissenschaftler:innen für die Mitglieder des CCCA und interessierte Stakeholder zu klären. Der Schwerpunkt soll auf Aspekten liegen, die entweder in den letzten Jahren verloren gegangen zu sein scheinen oder zur Meisterung der neuen Herausforderungen erforderlich geworden sind.

---

<sup>1</sup> Im CCCA sind neben wissenschaftlichen Positionen zunehmend auch künstlerische Zugänge vertreten, was sich nicht zuletzt auch an der Mitgliedschaft mehrerer Kunstuniversitäten ablesen lässt. Im Zusammenspiel von Wissenschaft und Kunst werden laufend neue Potenziale erkennbar, mit denen für transdisziplinäre Herangehensweisen wichtige Dialog- und Handlungsebenen erschlossen werden können. Das vorliegende Papier beschränkt sich dennoch auf die Rolle und die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft. Dies unter anderem deshalb, weil der Diskussionsstand betreffend Rolle und gesellschaftliche Verantwortung von Kunst ein gänzlich anderer ist, und sich Kunst auch traditionell schon viel stärker über die Interaktion mit der Gesellschaft definiert. Auch wenn sich die Sphären von Wissenschaft und Kunst in mancherlei Hinsicht stark überlappen, war und ist es das Ziel des CCCA, mit diesem Papier den Diskurs über die gesellschaftliche Rolle der Wissenschaft zu fördern.

**Die Wissenschaftler:innen werden ermutigt, das eigene Verhalten zu überdenken: Inwiefern ist es konform mit dem hier beschriebenen Selbstverständnis?**

**(1) Wie ist die Rolle/Verantwortung von Wissenschaftler:innen und Wissenschaft angesichts heutiger, großer gesellschaftlicher Herausforderungen zu verstehen?**

Die Leitfäden für Integrität und Ethik in der Wissenschaft auf nationaler und internationaler Ebene enthalten Regeln, deren Geltung im Folgenden vorausgesetzt wird.<sup>2</sup> Diese reichen jedoch angesichts aktueller Anforderungen nicht mehr aus. In den letzten Jahren wurden zudem einige selbstverständliche Grundsätze nicht in dem erforderlichen Umfang gelebt. Das betrifft vor allem die Unabhängigkeit der Wissenschaftler:innen und den offenen, interdisziplinären und transparenten Diskurs über Ziele, Methoden und Grenzen der Forschung im Allgemeinen, aber auch zu spezifischen aktuellen Themen.

Die Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen hängt nicht davon ab, wie viele Wissenschaftler:innen ihnen zustimmen. Die Suche nach wissenschaftlich fundierten Aussagen und Theorien erfordert eine sachliche und transparente Auseinandersetzung. Um nicht die Wahrheit, sondern die Aussagekraft der in seinen Berichten diskutierten Ergebnisse auszuweisen, verwendet das IPCC das Maß der studienübergreifenden Übereinstimmung, das Ausmaß der Evidenz und die nach verschiedenen Kriterien beurteilte Qualität der zugrundeliegenden Daten und Forschungsergebnisse. Auf dieser Basis bestimmt das IPCC einen Vertrauensgrad ("level of confidence") für wissenschaftliche Aussagen und Theorien. Dies trägt zur notwendigen Transparenz des erreichten Forschungsstandes bei und soll die wissenschaftliche Forschung fördern und nicht beenden. Wenn Fragen in der Öffentlichkeit und im Diskurs unter Wissenschaftler:innen für beantwortet erklärt werden, widerspricht dies in der Regel einem wissenschaftlichen Verständnis.<sup>3</sup> Dies ist insbesondere bei Fragen zu komplexen Problemen relevant, die nur bedingt und vorläufig beantwortet werden können und deren Untersuchung häufig auf interdisziplinäre Forschungszusammenarbeit angewiesen ist.

Handelt es sich bei den komplexen Problemen um auch gesellschaftlich-politische Probleme, wie zum Beispiel bei dem Problem einer effektiven wie fairen gesamtgesellschaftlichen Transformation zu Klimaneutralität in kurzer Frist, und soll Wissenschaft auch zu deren Lösung beitragen, ist das Verständnis von und die Rolle von Wissenschaftler:innen und Wissenschaft weiterzuentwickeln. Dies wird vielfach unter dem Titel "transdisziplinäre" und "transformative Wissenschaft" diskutiert. Mit letzterem ist gemeint, dass Wissenschaft auch selbst zur Akteurin der Transformation wird, insbesondere durch die forschende Interaktion mit Betroffenen und anderen gesellschaftlichen und politischen Akteur:innen. Der Wert einzelwissenschaftlicher Grundlagenforschung wird nicht in Frage gestellt. Allerdings ist die Interpretation der Signifikanz ihrer Forschungsergebnisse kontextabhängig.

---

<sup>2</sup> Siehe z.B. die „Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität zur Guten Wissenschaftlichen Praxis“, [https://oeawi.at/wp-content/uploads/2018/09/OeAWI\\_Brosch%C3%BCre\\_Web\\_2019.pdf](https://oeawi.at/wp-content/uploads/2018/09/OeAWI_Brosch%C3%BCre_Web_2019.pdf)

<sup>3</sup> Dem steht sog. „Textbuchwissen“ nicht entgegen, also in der Sprache des IPCC „Statements of Fact“, deren Vertrauensgrad besonders hoch ist.

Eine problem- oder zielorientierte Klimaforschung muss transdisziplinär und häufig besser auch transformativ sein.

Während die Transformationsforschung zum Ziel hat, gesellschaftliche Prozesse des Wandels zu analysieren, um damit ein besseres Verständnis bezüglich kausaler Zusammenhänge, Schlüsselfaktoren und Handlungsoptionen zu entwickeln, soll die transformative Forschung den gesellschaftlichen Wandel nicht nur analysieren und erklären, sondern auch aktiv unterstützen und mitgestalten. Dazu wird der Forschungsprozess als ein aktives Miteinander von Wissenschaft und Gesellschaft verstanden. Transformative Wissenschaft ist daher mehr und etwas anderes als öffentliche Beratung und politische Verhandlung<sup>1</sup>.

Gerade bei der Transformationsforschung und transformativen Forschung sind Unvoreingenommenheit, Uneigennützigkeit und Redlichkeit essenziell. Unabhängigkeit von Wissenschaftler:innen und wissenschaftlichen Einrichtungen in ihrer Forschung, und zwar unter allen Forschungsbedingungen, ist hier von besonderer Bedeutung, und somit die Transparenz über Auftraggeber:innen und potenzielle Einschränkungen und Abhängigkeiten ein evidentes Gebot. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass jedes Individuum Grundeinstellungen mitbringt; gerade Wissenschaftler:innen sind gefordert, damit kritisch und für andere offen und nachvollziehbar umzugehen. Wissenschaft kann für komplexe gesellschaftliche Probleme in der Regel nicht genau eine Antwort als die richtige ausweisen, weil bei herausfordernden Problemen dieser Art jeder Lösungsvorschlag auch auf der Auslegung normativer und ethischer Prämissen sowie empirischer Hypothesen und vereinfachenden Annahmen beruht. Lösungsvorschläge unterscheiden sich häufig auch darin, ob und in welchem Umfang (womöglich legitime) Erwartungen Betroffener und Beteiligter erfüllt werden. Es kann vernünftigen Dissens über die Vorzugswürdigkeit von Lösungsvorschlägen geben.

Dies alles legt im Wesentlichen drei Konsequenzen nahe:

- erstens unzulässig stark vereinfachende Annahmen von „richtig“ und „falsch“ hinter sich zu lassen,
- zweitens die Einbeziehung der Betroffenen in die Lösungsfindung zu komplexen Problemen, weil Wissenschaft Entscheidungshilfen und Prozessbegleitung, aber eben nicht fertige Lösungen anbieten kann, und
- drittens das bewusste Annehmen und Berücksichtigen von Unsicherheiten und Unschärfen, die zwar im Einzelnen auflösbar sein mögen, aber nicht grundsätzlich überwunden werden können.

---

<sup>1</sup> CCCA Fact Sheet #14 Transformative Forschung  
[https://ccca.ac.at/fileadmin/00\\_DokumenteHauptmenue/02\\_Klimawissen/FactSheets/14\\_transformation\\_v5\\_07112015.pdf](https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/FactSheets/14_transformation_v5_07112015.pdf)

## **(2) Wie muss Wissenschaft sich verändern, um das Vertrauen der Gesellschaft zu verdienen?**

Sofern wissenschaftliche Forschung auch transformative Forschung ist, müssen sich Wissenschaftler:innen, die zu dieser Forschung beitragen, in Übereinstimmung mit diesem Wissenschaftsverständnis in die gesellschaftlichen Prozesse einbringen. Dabei ist ihre Rolle zu klären und sicherzustellen, dass Wissenschaftler:innen verstanden und respektiert werden, wenn sie zur Transformation beitragen möchten. Auch wenn viele Faktoren zum Vertrauensproblem beitragen, haben Forscher:innen Grund, insbesondere auf die folgenden Aspekte Wert zu legen:

- Wissenschaft und wissenschaftliche Forschung sind ausweisbar Werte-orientiert und sollen klimagerechte, ökosystemschonende und sozial gerechte Strategien, Maßnahmen und Handlungsweisen in allen Sektoren der Gesellschaft und Wirtschaft unterstützen.
- Der wissenschaftliche Erkenntnisprozess und seine Bedingungen, Notwendigkeiten und Grenzen sollen transparent gemacht werden.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse verdanken sich einer auf Objektivität zielenden wissenschaftlichen Methodik. Die Ergebnisse sind nachvollziehbar und zielen typischerweise darauf, weitere Forschung zu befördern, und nicht darauf, Forschungsfragen abschließend zu beantworten. Angesichts der Vorläufigkeit der qualifiziert zu beurteilenden Geltung der Ergebnisse und der vielfachen Gründe für vernünftigen Dissens (siehe oben) soll vermieden werden, von „der Wissenschaft“ zu sprechen – es gibt „die Wissenschaft“ (gedacht als monolithischer, mit nur einer Stimme sprechender Block) nicht.
- Auch Werturteile und Normvorstellungen erfordern eine rationale Begründung und Überprüfung und sind einer solchen zugänglich.
- Wenn aus der Wissenschaft heraus Politikberatung geleistet wird, dann soll Politikberatung idealerweise nicht auf Einzelmeinungen beruhen, sondern auf Diskussionsergebnissen von interdisziplinär zusammengesetzten Gruppen und Gremien, die den Konsensgrad und verbliebene Dissens-Aspekte und ihre Gründe transparent machen.
- Vertreter:innen verschiedener relevanter Disziplinen, Meinungen und Herangehensweisen sollen aktiv einbezogen werden, wenn Beratung erfolgt.

Zur Förderung einer gleichberechtigten Beziehung von Wissenschaft und Gesellschaft:

- Der gesellschaftlichen Relevanz und dem Potenzial von wissenschaftlicher Arbeit für gesellschaftliche Transformation ist bei Bewertung von Forschung hohes Gewicht zuzumessen.
- Proaktiv („aufsuchend“ und „nachgehend“) sind wissenschafts- und bildungsferne Perspektiven einzubinden durch ausdrückliche Förderung von transdisziplinärer Wissensgenerierung unter Einbezug dafür relevanter Akteur:innen.

- Größtmögliche Transparenz der Wertgebundenheit akademischer Aktivitäten ist herzustellen und in Beziehung mit dem Ideal der Objektivität wissenschaftlicher Forschung zu setzen.
- Dabei sind im Sinne einer selbstkritischen Einschätzung die historischen, sozialen und kulturellen Einflüsse auf wissenschaftliche Forschung aufzuklären, und anzuerkennen, wie historische und soziale Trends das akademische Leben beeinflussen und wie Vorurteile, Privilegien und Standpunkte die Arbeit auch von Wissenschaftler:innen prägen.

Zu den wichtigen Aspekten einer Wissenschaftskultur, die diesen Namen verdient, gehören nach diesem Verständnis:

- “Problem-Framing” ist kritisch auf Vorurteile zu reflektieren und öffentlich bewusst zu machen.
- Grenzen und Prämissen der jeweiligen Forschungsdesigns, die Aussagekraft der Ergebnisse und die Gründe für vernünftigen Dissens bei der Einschätzung der Ergebnisse sind ehrlich auszuweisen.
- Offenheit für Revision und Widerlegung von Hypothesen und Theorien, wenn neue oder bessere Daten und Beobachtungen gemacht, Erklärungen und Theorien entwickelt werden, ist unabdingbar für den auf Objektivität zielenden Forschungsprozess.
- Der sachliche und wertschätzende Umgang mit Dissens, der darauf zielt, die Gründe für den Dissens jeweils aufzuklären und diese womöglich zum Gegenstand weiterer Forschung zu machen, ist wichtiger Bestandteil einer Wissenschaftskultur.
- Dazu gehört auch, den Mut zu haben, das eigene Nicht-Wissen und die Gründe für Dissens mit Fachkolleg:innen transparent zu machen.
- Jedwede Art von Befangenheit oder Abhängigkeit - finanzieller oder anderer Art - ist offen zu legen; Situationen müssen vermieden werden, in denen Befangenheit oder Abhängigkeit zu nicht auflösbaren Interessenskonflikten führen.
- Das Angebot der Österreichischen Agentur für Wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) (Geschäftsstelle | ÖAWI (oeawi.at) ist zu nutzen, wenn sich Konflikte um Verhalten, das wissenschaftlichen Gepflogenheiten nicht zu entsprechen scheint, anders nicht lösen lassen.

Auf dem Weg zu einer transformativen Wissenschaft

- sind unterschiedliche Fachkulturen, Denkstile und Perspektiven im interdisziplinären Dialog zu würdigen und als Bereicherung zu verstehen;
- ist der Wert der Beiträge aller Wissenschaftszweige anzuerkennen;
- sind konstruktive, kritische Beiträge und Nachfragen, insbesondere auch durch junge, fachfremde oder nicht akademisch gebildete Personen (im Sinne eines “organisierten Skeptizismus”) zu ermutigen.

Im Überschneidungsgebiet von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik sollten Foren eingerichtet werden, in denen die Beteiligten in personell wechselnden Konstellationen über ethisch-wissenschaftlich kontroverse Themen diskutieren. Die Foren haben ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie klären helfen, welche Antworten auf gesellschaftlich drängende Fragen trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten in einer pluralistischen Gesellschaft wissenschaftlich informiert und moralisch verantwortbar erscheinen.<sup>2</sup>

Nicht zuletzt müssen Wissenschaftler:innen intellektuell integer und glaubwürdig sein, wenn das Vertrauen in die Wissenschaft wachsen soll. Im privaten Leben, bei Auftritten in der Öffentlichkeit, beim Kontakt mit Medien sollte das eigene Verhalten u.a. den vertretenen Erkenntnissen und den o.a. Grundsätzen entsprechen.

### **(3) Was muss sich ändern, damit Wissenschaftler:innen diesem Verständnis von Wissenschaft entsprechen können?**

Obleich das CCCA keine primäre Verantwortung für die Forschungsbedingungen der Wissenschaftler:innen hat, ist es ein Anliegen des CCCA, zu günstigen Forschungsbedingungen beizutragen. Das CCCA hat eine Mitverantwortung für die Klimaforschung und möchte die für problemorientierte Klimaforschung relevanten Standards identifizieren helfen. Das CCCA bemüht sich im eigenen Wirkungsbereich um ihre Berücksichtigung.

Um Wissenschaftler:innen und teilweise auch wissenschaftlichen Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, dem oben ausgeführten Rollenbild und ihrer Verantwortung entsprechend zu agieren und damit zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen, sollten die Rahmenbedingungen verbessert werden, unter denen Wissenschaftler:innen, Universitäten und weitere Forschungseinrichtungen heute arbeiten. Einige der hier gelisteten Vorschläge bedürfen dabei auch Reformen auf der internationalen Ebene, vieles kann jedoch auch auf nationaler Ebene verbessert werden.

#### **Prekarisierung von Wissenschaft abbauen**

- Prekarisierung von Forscher:innen in fortgesetzter oder wiederholter drittmittelgebundener Projektfinanzierung (Abhängigkeit mit Potenzial zur Erpressbarkeit, mangelnde Verstetigungs- und Aufstiegsperspektive, damit oft auch fehlende Planbarkeit von Familie, Altersabsicherung usw.) beenden.
- Kosten befristeter Anstellungsverhältnisse für Forschungseinrichtungen berücksichtigen (zeitintensives Anlernen neuer Wissenschaftler:innen durch Abgang eingearbeiteter Personen zu Projektabschluss).

<sup>2</sup> Hinsch, Wilfried und Lukas Meyer, „Universitäten“. In: Öffentliche Vernunft? Die Wissenschaft in der Demokratie. Hrsg. v. Hinsch, Wilfried und Daniel Eggers, Berlin 2019. Open Access: <https://d-nb.info/1254812288/34>

- Zunehmender Verschiebung von wissenschaftlicher Lese- und Publikationsarbeit (durch den Druck zur Verbuchbarkeit jeder Arbeitsstunde) in den Bereich „privater Freizeitbeschäftigung“ Einhalt gebieten.
- Intrainstitutionellem Machtmissbrauch und Mobbing gegenüber weniger sichtbaren und prekär beschäftigten Wissenschaftler:innen vorbeugen.
- Exzessive Konkurrenz um Forschungsmittel und überhöhten Fokus auf den wissenschaftlichen Einzelerfolg beschränken und “Team Science” unterstützen: bessere Qualität statt mehr Output.
- Demokratische und konsensorientierte Selbstverwaltung in Forschungseinrichtungen mit flachen Hierarchien (d.h. mit budgetärer Selbstverwaltung und Eigenverantwortung) fördern.

### **Forschungs- und Publikationskultur verbessern**

- Die Fixierung auf Indikatoren-basierte Metriken in Frage stellen (vgl. The Leiden Manifesto for research metrics, <https://www.nature.com/articles/520429a>), die, dafür scheint einiges zu sprechen, oft nur leicht variierte Veröffentlichungen auchkleinster (Zwischen-)Ergebnisse erzeugt.
- Anerkennungsmechanismen im akademischen Bereich für die Tätigkeit als Reviewer:in in Journalen zur Förderung von qualitativ hochwertigen Reviews etablieren.
- Die Qualitätssicherung durch peer-review weiter verbessern, insbesondere auch durch Maßnahmen der Prüfung der Qualität von Gutachten und Verfahren der Begutachtung nicht zuletzt mit Blick auf inter- und transdisziplinäre Forschungsergebnisse und Forschungsvorhaben.
- Die Bedeutung der Qualität vor der Quantität von Veröffentlichungen für die wissenschaftliche Karriere heben.
- Journale, die nicht von profitorientierten Verlagen betrieben werden, etablieren und unterstützen; dies wendet sich insbesondere gegen Monopole im Verlagswesen und gegen “Potentially Predatory Journals” (<https://beallslist.net/>).
- Vermeidung des Abwanderns von Forschungsförderung hin zur Überförderung des Verlagswesens durch einerseits hohe Kosten von Abonnements von Journalen oder andererseits hohe Open Access Gebühren.

### **Förderstrukturen und Forschungsverwaltung anpassen**

- Förderstrukturen ausbauen oder aufbauen, die auch den Erfordernissen einer langfristig, transdisziplinär, lösungs- und umsetzungsorientierten und ggfs. experimentell ausgerichteten Forschung entsprechen.
- Synergien und intensiven Austausch zwischen Forschungsprojekten ermöglichen (das ist etwas anderes als Doppelförderung, die zu vermeiden ist).

- Bürokratie und Forschungsverwaltung auf nutzenstiftenden Aufwand begrenzen, damit Zeitressourcen von Wissenschaftler:innen nicht so stark wie derzeit von der Ausübung von Wissenschaft abgezogen werden.
- Redundanz von Vorlagen für die Erstellung von Forschungsförderungsanträgen auf jenes Maß reduzieren, dass die sorgfältige Evaluation innerhalb der den Evaluator:innen üblicherweise zugestandenen Zeitspanne ermöglicht.
- Einfluss auf die Durchführung von Forschung durch Forschungsverwalter:innen ohne inhaltliche Expertise vermindern.

**(4) Wie will das CCCA im Sinne der Förderung transdisziplinärer Forschung und als Akteur:in der gesellschaftlichen Transformation tätig werden?**

Das CCCA als Netzwerk von Forschungseinrichtungen und die beteiligten Forschungseinrichtungen bekennen sich zu dem obigen Wissenschaftsverständnis und fühlen sich der Umsetzung der Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in die Wissenschaft verpflichtet. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die einzelnen Wissenschaftler:innen und - soweit betroffen - wissenschaftlichen Einrichtungen im Sinne des Punktes (3) werden sie nach Kräften und Möglichkeiten beitragen.

Transparenz der Forschung, der Rahmenbedingungen, unter denen sie entsteht, und der Ergebnisse, ist ein Garant für die Einordbarkeit von Forschung und Forschungsergebnissen und daher in größtmöglichem Ausmaß anzustreben.

Wissenschaftler:innen und wissenschaftliche Einrichtungen des CCCA genießen in unterschiedlichem Maße Freiheiten hinsichtlich der Themen, welche sie behandeln, der Methoden, die sie anwenden, und der Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer Forschung. Umso wichtiger ist es, dass systematisch auf das Framing der jeweiligen Forschung und die jeweils bestehenden Voraussetzungen hingewiesen wird. Dazu gehört die Offenlegung der Finanzierung der spezifischen Forschung, aber auch der Forschungseinrichtung insgesamt sowie anderer Abhängigkeiten der Forschenden.

Im Rahmen von Gremienarbeit und Begutachtungstätigkeit ist klar zu unterscheiden, ob die individuelle Expertise einer Person oder die institutionell akkordierte Meinung einer Expert:innenorganisation zum Ausdruck gebracht wird. In jedem Fall sind persönliche Abhängigkeiten oder Befangenheiten transparent zu machen.

Kritische Selbstreflexion hinsichtlich der eigenen Ziele, Stärken und Schwächen, Voreingenommenheiten und Unsicherheiten, aber auch jener der eigenen Forschungseinrichtung werden in der CCCA Community zur Selbstverständlichkeit.

Grundsätzlich sind Mitgliedseinrichtungen des CCCA bemüht, alle Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und vermeiden es, Hindernisse für die Veröffentlichung von Ergebnissen aufzubauen.

Wissenschaftler:innen (und auch Künstler:innen) des CCCA Netzwerkes stehen grundsätzlich für fachliche Auskünfte und Beratungen aller Stakeholder, seien es Parteien, Interessensvertretungen, Betriebe, NGOs oder Einzelpersonen nach Maßgabe der Zeit und der Mittel zur Verfügung. Wissenschaftliche Erkenntnisse dürfen nicht vorenthalten werden.

Wissenschaftler:innen (und auch Künstler:innen) des CCCA Netzwerkes sind bemüht, Beratungstätigkeiten auf jeweils möglichst breite Basis zu stellen, um der Vielfalt der Ansätze, Interpretationen und Disziplinen gerecht zu werden. Dabei werden Abhängigkeiten offengelegt.

Das CCCA wird verstärkt Raum und Rahmen für das Zusammentreffen unterschiedlicher Fachkulturen, Denkstile und Perspektiven im inter- und transdisziplinären Dialog bieten. Das CCCA will die Einbindung kritischer Positionen fördern, insbesondere von in der Forschung unterrepräsentierten Gruppen, darunter von jungen, fachfremden oder nicht akademisch gebildeten Personen. Dies gilt gerade bei gesellschaftlich umstrittenen, klimaforschungs- und transformationsrelevanten Themen.

Das CCCA wird darauf achten, dass in seinen Aussendungen und Publikationen Grenzen der Forschungsdesigns, Prämissen von Projekten, und die Aussagekraft der Forschungsergebnisse offen dargelegt werden. Dabei ist wichtig, das eigene Nicht-Wissen und die Gründe für Dissens gerade auch mit Fachkolleg:innen transparent zu machen.

Das CCCA wird eine Wissenskultur fördern, die den sachlichen, und wertschätzenden Umgang mit Dissens pflegt und darauf zielt, die Gründe für Dissens jeweils aufzuklären und diese womöglich zum Gegenstand weiterer Forschung zu machen.

Das CCCA wird sich weiterhin öffentlich positionieren, um die Öffentlichkeit darin zu unterstützen, politische Maßnahmen, Proteste und Aktionen mit Blick auf ihre wissenschaftliche Begründung einschätzen zu können.<sup>4</sup>

Das CCCA wird die Einrichtung von Foren im obigen Sinn unterstützen und sich aktiv in solche einbringen.

Das CCCA versteht seine Bemühungen um ein gemeinsames Wissenschaftsverständnis auch als Beitrag zur Stärkung der Demokratie, die zur Realisierung ihrer fundamentalen Werte auch auf unabhängige, kritische Reflexion angewiesen ist.

---

<sup>4</sup> Siehe dazu auf <https://ccca.ac.at/> die Unterpunkte „Dialog“, „Wissen“, „Netzwerke“ und „Outreach“, in letzterem insbesondere auch „Offene Briefe und Stellungnahmen“ sowie „Presseaussendungen“.